

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 12

Ersteinst. Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 150,- M. ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 18. März 1923

Verlagsschleife: Berlin G. 2, Breitenf. 6/9 IV. Fernruf: Zentrum 272. Anzeigen werden nicht aufgenommen.

39. Jahrgang

Um unsere Mitglieder vor unnötigen Verlusten zu bewahren, ersuchen wir sie, ihre Beitragsmarken des Bsterns daraufhin zu prüfen, daß sie fest im Mitgliedsbuch oder der Karte haften. Wo das nicht der Fall ist, klebe man sie nach.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Einschränkung der „Buchbinder-Zeitung“. Die immer mehr anschwellenden Papier- und Druckpreise nötigen uns zu einer weiteren Einschränkung der „Buchbinder-Zeitung“. Vom 1. April ab wird die Zeitung in der Regel nur noch im Umfang von vier Seiten erscheinen, ohne daß die Auflage soweit erhöht werden kann, daß ganz allgemein wieder jedem Mitgliede eine Zeitung geliefert werden kann. Immerhin wird den Wünschen und Bedürfnissen der Cause und Zahlstellen mehr Rechnung getragen werden können, wie das bisher bei acht Seiten Umfang möglich war.

Wir verweisen auf unser Rundschreiben Nr. 156 und bitten, den künftigen Bedarf an Zeitungen unter Benützung des dem Rundschreiben angefügten Bestellzettels spätestens bis zum 24. März anzugeben.

2. Erhöhte Beitragsleistung. Auf Grund der bereits vom 1. März ab eingetretenen weiteren Lohnsteigerungen muß natürlich auch sofort wieder eine erhöhte Beitragsleistung der Mitglieder einsehen.

Die Gau- und Ortsverwaltungen haben streng darauf zu achten, daß stets unmittelbar anschließend an die jeweils erfolgten Lohnsteigerungen auch sofort, nachdem die erhöhten Löhne erstmals zur Auszahlung gekommen sind, alle Mitglieder in die ihrem Lohn entsprechenden höheren Beitragsklassen aufrücken. Solche Mitglieder, die dem nicht nachkommen, schädigen sich selbst, da die Zugehörigkeit zu einer dem tatsächlichen Verdienst nicht entsprechenden Beitragsklasse eine Verminderung der für den Bezug der Unterstufungen erworbenen Rechte zur Folge haben muß.

3. Lieferung gewerkschaftlicher Zeitschriften. Unter Hinweis auf unser Rundschreiben Nr. 150 erinnern wir daran, daß Bestellungen auf unentgeltliche Lieferung der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“, auf die „Betriebsrätezeitung“ des ADGB, und auf die Zeitung „Der Graphische Bund“ für das 2. Quartal dieses Jahres bis zum 19. März an uns eingehandt werden müssen, unter Benützung des Bestellzettels, der dem Rundschreiben Nr. 150 angefügt war.

Allen Gau- und Ortsverwaltungen, die neue Bestellungen nicht aufgeben, wird von den oben genannten Zeitungen vom 1. April ab auf Rechnung der Verbandskasse nur noch je ein Exemplar geliefert.

4. Die Lokalbeiträge sind in den nachstehend aufgeführten Zahlstellen neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Die zur Erhebung kommenden Beiträge werden von den Zahlstellenverwaltungen den Mitgliedern in geeigneter Weise bekanntgegeben:

Ansbach, Cleve, Düsseldorf, Ebersbach-Neugersdorf, Gießen-Beclar, Gotha, Kirchheimbolanden, Luedenwalde, Meißen, Wülheim-Ruhr, München, Ruhla, Ulm.

Der Verbandsvorstand.

Die Löhne sind schuld ...!

In unserer letzten Nummer haben wir auf Grund eigener Erfahrung vor dem Reichsarbeitsministerium die Haltung desselben einer Kritik unterzogen. Heute wird uns zum gleichen Thema von einer Seite, die den zwischen der Regierung und den Parteien geführten Verhandlungen über den Preisabbau nahesteht, folgendes geschrieben:

Wägen die patriotischen Bogen auch noch so hoch gehen, sie sollten nicht die letzten Ueberreste präzisen, nationalökonomischen Denkens verschlingen. Im Hauptauschuß des Reichstags hat sich neulich der Reichswirtschaftsminister über die preispolitische und wirtschaftliche Lage ausgesprochen und er kam zu dem Schluss: Die Preise sind auf dem Punkte festzuhalten, den sie erreicht haben, sobald sie die der Senkung des Dollars entsprechende Verminderung erfahren haben. Er entwickelte die These von dem alles bestimmenden Kohlenpreis; gelinge es, den zu fixieren, dann müsse unter allen Umständen auch das übrige Preisniveau stabil bleiben. Und wonach bestimmt sich der Kohlenpreis? Nach Herrn Beder sind es drei Faktoren, die da mitwirken: Der Eisenpreis, der Holzpreis, die Löhne.

Ueber den Eisenpreis verliert Herr Beder nicht viel Worte; den machen ja die guten Freunde von der anderen Fakultät, deren patriotisches Gemüt diesmal die kühle Profitrechnung schon beschwichtigen werde. (Wollen es abwarten!) Beim Holzpreis steht die Sache glänzend: Ausländisches Holz wird zurzeit in großen Mengen billiger importiert als es der deutsche Markt anbietet. Bleiben also die Löhne, die Löhne! Die Gewerkschaften sollen dafür sorgen, daß hier endgültig „gebremst“ wird.

Man muß gegen diese Art von Logik sofort auf der ganzen Linie die Offensive eröffnen. Dringt nämlich diese Auffassung durch, dann besteht die Gefahr, daß für alle Nebel der kommenden Zeit es nur einen Sündenbock geben wird: die Gewerkschaften, die Arbeiterkraft. Denn — das steht heute schon fest — es ist vollkommen ausgeschlossen, daß die Löhne unter den augenblicklichen Verhältnissen dort festgehalten werden können, wo sie zufällig am 1. März 1923, vormittags 10½ Uhr, in Bochum, Sennenberg und Hindenburg angekommen sind. Es ist nicht anzunehmen, daß der hohen Weisheit eines Wirtschaftsministers alle die Umstände unbekannt sind, die es unmöglich machen, die Löhne auf ihrem augenblicklichen Stand festzuhalten. Deshalb muß man fragen: Ist die Parole „Fixierung der Löhne“ (und dadurch Fixierung der Preise) Dummheit, Mangel an klarem, volkswirtschaftlichem Denken oder ist sie mehr, ist sie heimtückische, wohlausgeklügelte Demagogie?

Jedermann weiß, daß Preissteigerungen, wie wir sie erlebt haben, für alle Lohnempfänger eine bittere und furchtbare Folge haben: Entwertung der Löhne, Senkung des Reallohnes. Schon im Dezember vorigen Jahres war durch die Sprunghaft der Preise das Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger durchschnittlich auf 50 Proz. des Friedensstandes herabgedrückt worden. Die phantastischen Preisbewegungen des Januar und Februar haben weiter daran genagt und es dürfte hochgeschätzt das Realeinkommen heute ungefähr auf 30 bis 40 Proz. gesunken sein. Wer wagt nun zu behaupten oder gar zu verlangen, die Lohn- und Gehaltsempfänger müßten sich bei diesem Ergebnis bescheiden, müßten mitten

in der Schlacht zwischen Einkommen und Preisen abbrechen, die weiße Fahne hissen, die Waffen strecken? Wer glaubt im Ernst, es wäre praktisch möglich, die Einkommen bei diesem Verhältnis zwischen Preisniveau und Reallohn zu stabilisieren?

Vorausgesetzt, das Preisniveau bleibe stabil, dann beginnt jetzt erst der eigentliche Kampf um die Erringung eines menschlichen Lohnes. Das Unglück will es aber, daß nicht einmal diese günstige Voraussetzung eintreten wird! Die Löhne werden sich weiterhin nach oben bewegen müssen, nur deswegen, weil sich unabhängig von ihnen auch die Preise weiterhin nach oben bewegen werden. Und damit sind wir am zweiten Punkt der ministeriellen Weisheit, die da sagt, es sei möglich, die Preise festzuhalten, weil „die Mark fest“.

Es wird hier nicht Schiebern das Wort geredet, es wird auch nicht Stimmung gemacht für Markpessimismus und Baissespekulation. Es wird auch kein Dolch geschwungen, sondern es wird versucht, die wirtschaftlichen Verhältnisse nur ein wenig forsäffiger auseinanderzukaufen und Tatsache neben Tatsache auf den Tisch zu legen. Werden nämlich im gegenwärtigen Augenblick auf Grund logischer Trugschlüsse falsche Forderungen und Thesen aufgestellt, gibt man sich über die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Wochen und Monate auf Grund dieser irrtümlichen Ueberlegungen falschen Hoffnungen hin, dann muß die unentrichtbare Enttäuschung die fürchterlichsten Verwüstungen im künftigen Zusammenleben der Klassen und Stände nach sich ziehen.

Seit Jahren starrt die deutsche Öffentlichkeit wie hypnotisiert auf den Kurs des Dollars; sie hat gelernt, daß jeder Steigerung der Devisenpreise ein Anschwellen der Warenpreise nachfolgt. Jetzt, wo seit einigen Wochen eine gewisse Steigerung der Devisenkurse eingetreten ist, glaubt daher jedermann auch, behaupten zu können, es werde nun ein Ende mit den Preissteigerungen haben. Ja, es sei sogar mit einem Preisabbau zu rechnen. Dazu kommen dumme Vorstellungen von dem Begriff der „Stabilisierung“, der, wie alle guten Gedanken, dann am meisten in den Köpfen spukt, wenn es am wenigsten angebracht ist; kurzum, das Wort Stabilisierung ist auch im Hauptauschuß des Reichstags gefallen. Daß in diesem Augenblick niemand dieses Wort schleunigst aus dem Saal jagte, zeigt einen bedauerlichen Mangel an nationalökonomischem Verstand und bemeist, wie sehr die kritische Lage fühlen Abwägen und jeglicher Ueberlegung Abbruch getan hat. Wer heute von „Stabilisierung“ spricht, ist ein Narr oder ein blutiger Dilettant. Denn die erste Voraussetzung jeder Stabilisierung ist Stilllegung der Notenpresse. Mag mit noch so ungeheurem Kräfteaufgebot die Mark in ihrem Verhältnis zum Dollar „stabilisiert“ werden, so ist niemals die Folge davon eine Stabilisierung der inländischen Preisverhältnisse, solange die Notenpresse Tag und Nacht weiterkarrert. Sie hat zurzeit eine Wochenproduktion von ziert ½ Billion Mark erreicht. Wie glaubt der Herr Reichswirtschaftsminister denn, werde sich das auswirken? Oder werden sie nicht vielmehr als das, was sie sind, als zusätzliche Kaufkraft von ganz enormen Ausmaßen auf dem Markt auftreten und das Preisniveau weiter in die Höhe treiben?

Die Verhältnisse haben sich binnen 14 Tagen vollkommen umgedreht. Ging früher die Entwertung der Mark an der Börse der Preisbewegung (und damit der Inflation) voraus, so wird jetzt die Preisbewegung

einzig und allein durch die Inflation bestimmt. Wir werden jetzt das selbe erleben, was wir im Kriege erlebt haben: Der Wert der Mark wird zwar an den Grenzen Deutschlands, gemessen an den ausländischen Werten, festbleiben, aber er wird, verglichen mit dem Wert der Ware im Inland, fortwährend Senkungen erfahren. Die Mark wird im Ausland überwertet werden, und im Inland unterwertet. Das deutsche Preisniveau muß dabei weiter steigen und wird binnen kurzem das Weltmarktpreisniveau überschreiten, und das wird so lange fortauern, als die Reichsbank unter Aufgebot aller Kräfte den Außenwert der Mark an dem nun einmal erreichten Punkt 23 000 künstlich fixiert.

Das ist klipp und klar die Entwicklung, die wir vor uns haben, die wir durchlaufen müssen, solange mit der Inflation nicht Schluß gemacht wird. Welche Summen die Notenpresse zurzeit liefern muß, kann sich jeder vorstellen, der nur an die Anforderungen denkt, die Ruhrprophet und Ruhrschäden im besetzten wie im unbefetzten Gebiet verlangen, und man kann sagen, daß man unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo rasch gehandelt werden muß, tatsächlich kein anderes Hilfsmittel hat, als Finanzierung auch dieses Krieges mit der Notenpresse. Allein wir halten es für an der Zeit, auch hier dringliche Warnsignale zu geben. Wir sind zwar in den Krieg zurückgekehrt. Ob nun aber auch in finanzpolitischer Hinsicht die „Kriegsbräucher“ zurückkehren sollen, das ist die Frage.

Schon schwebt der Schatten Helfterichs wieder über den Wassern. Auch damals wußte er nichts anderes, als den Krieg mit Papier zu bezahlen, statt das deutsche „Volk“ (Beiß, Industrie, Landwirtschaft) durch Steuern und Abgaben rücksichtslos zu den enormen Leistungen zu zwingen, die der Krieg erforderte. Aber auch damals galt nur die eine Parole: „Um Gottes willen nichts tun, was etwa die Stimmung drücken könnte.“ Und so geht man heute dieselben gefährlichen Wege. Statt Erhöhung der Steuern heißt es Abbau der Kohlensteuer, statt Verringerung des Defizits heißt es Abbau der Eisenbahntarife, das heißt Abbau der Eisenbahneinkünfte und somit erneute Vergrößerung der Inflation. Und während man alles dies fordert, während man alle diese Dinge tut, über deren mittelbare Wirkung kein denkender Wirtschaftler sich auch nur einen Augenblick einem Irrtum hingeben kann, fordert man: Fixierung der Löhne! Das ist nicht mehr Dummheit, das ist glatte Demagogie. Man weiß genau, was kommen wird und deutet jetzt schon in die Richtung, wo der Sündenbock aufzusuchen soll. Die Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie sollen der Sündenbock für alle kommenden Preissteigerungen werden. Unsere Aufgabe scheint es darum, die wahren Zusammenhänge und die wahre voraussichtliche Entwicklung heute schon der Öffentlichkeit rücksichtslos vor Augen zu führen. Wenn jemand an den weiteren Preissteigerungen schuld ist, so sind es diejenigen, die nicht nur die Inflation nicht bremsen (was zurzeit wohl auch schwierig sein dürfte), sondern sie auch noch über das nun einmal unausweichliche, notwendige Maß hinaus vermehren wollen. Sie sind die wahren Schuldigen an der Verhinderung der Preisfrenkung, nicht die Arbeiterschaft. C. R.

Lohnsteigerung und Verbandsbeitrag.

Die mit dem 1. März in Kraft getretenen „Mpi“-Löhne bringen bei weitem nicht die Erhöhungen, die gegenüber den Steigerungen der Lebensunterhaltskosten notwendig wären. Sind doch die letzteren selbst nach der amtlichen Indeziffer des Statistischen Reichsamts gegen den Vormonat um 186 Proz. gestiegen. Ebenso sind die meisten Lebensmittel nach den neuesten Feststellungen um das Drei- bis Fünffache gestiegen; in einzelnen Fällen sogar weit darüber hinaus gestiegen; während die Löhne nur meistens zwischen dem 2000-3000fachen der Vorkriegszeit schwanken. So ergibt eine Unterlegung der neuesten „Mpi“-Löhne von den in nebenstehender Tabelle aufgeführten Orten der verschiedensten Ortsklassen, daß die Löhne der Gehilfen in 11 von den 33 Orten über das 2251- bis zum 2500fachen der Vorkriegszeit gestiegen waren. In je drei weiteren Orten ging die Steigerung bis zum 3000- bzw. 3250fachen.

Wesentlich günstiger ist das Steigerungsverhältnis bei den Löhnen der Arbeiterinnen. Hier sind nur vier Orte mit einer Steigerung unter dem 2500fachen der Friedenslöhne. Dagegen hatten 14 Orte darüber hinaus eine Steigerung bis zum 3000fachen und 13 Orte eine solche über das 3000- bis zum 3750fachen der vorkriegszeitlichen Löhne; während Würzburg mit dem 5218fachen die höchste Steigerung aufwies. Allerdings waren hier auch die Löhne der Arbeiterinnen 1914 besonders niedrig. Doch beweist es nichtsdestoweniger, daß diese Arbeiterinnen durch den Reichstarif ganz besonders günstig gefahren sind. Ueberhaupt zieht sich durch alle Untersuchungen über den Reichstarif wie ein roter Faden die immer wiederkehrende Tatsache, daß nicht bloß das Gros der kleineren Provinzorte im allgemeinen, sondern die Arbeiterinnen im besonderen durch die reichstarifliche Regelung der Löhne weit günstiger abgesehen haben. Und bei aller Unzulänglichkeit der Löhne und der berechtigten Klagen darüber sollte sich doch jeder immer wieder die Frage vorlegen, wie stünde es um die Lohnverhältnisse, wenn die Gewerkschaften einen weniger starken Einfluß hätten und keine Tarife beständen?

Das Verhältnis der Löhne von 1914 und jetzt zeigt uns folgende Zusammenstellung:

	Wöchentliche Spitzenlöhne					
	a) Gehilfen			b) Arbeiterinnen		
	1914	ab 1. März 1923	steig. seit 1914	1914	ab 1. März 1923	steig. seit 1914
Aachen	30,-	71 870	2379	15,-	42 240	2816
Augsburg	20,-	62 688	8194	11,-	37 104	3878
Bayreuth	28,-	60 624	2165	10,-	35 952	3595
Barmen-Elb.	27,-	74 448	2757	15,-	44 544	2970
Berlin	30,45	67 892	2218	18,38	40 868	2196
Bielefeld	28,-	62 688	2411	14,50	37 104	2559
Braunschv.	25,-	62 688	2508	11,50	37 104	3226
Bremen	28,50	65 424	2296	14,25	39 072	2742
Breslau	23,-	65 424	2845	10,50	39 072	3721
Bodum	28,-	74 448	2650	12,-	44 544	3712
Dresden	20,20	65 424	3289	15,-	39 072	2605
Düsseldorf	30,-	74 448	2482	15,-	44 544	2970
Erlangen	25,-	62 688	2508	13,-	37 104	2854
Galberstadt.	24,-	60 624	2520	—	—	—
Halle a. d. S.	25,08	62 688	2500	12,60	37 104	2945
Hamburg	32,50	67 892	2074	17,50	40 868	2307
Hannover	26,-	65 424	2516	13,-	39 072	3006
Heidelberg	29,-	62 688	2162	15,-	37 104	2474
Heilbronn	25,-	62 688	2508	12,-	37 104	3092
Jena	23,52	60 624	2578	12,-	35 952	2996
Kassel	23,50	62 688	2668	13,-	37 104	2854
Köln	30,-	74 448	2482	15,-	44 544	2970
Konstanz	23,70	62 688	2668	14,04	37 104	2648
Leipzig	29,40	65 424	2225	15,75	39 072	2481
Lübeck	27,-	62 688	2322	10,50	37 104	3534
Magdeburg	27,-	64 076	2378	11,80	38 088	3228
Münch.	28,-	65 424	2387	11,50	39 072	3398
Nürnberg	23,50	65 424	2784	12,50	39 072	3126
Regensburg	25,50	62 688	2066	13,50	37 104	2748
Reutlingen	18,-	60 624	3368	11,80	35 952	3047
Stuttgart	23,85	65 424	2808	15,25	39 072	2565
Stettin	27,-	65 424	2428	10,50	39 072	3721
Würzburg	20,50	61 656	3008	7,-	38 528	5218

Wie aus der vorstehenden Tabelle ersichtlich, haben also in 23 von den 33 Orten die Gehilfen eine Lohnsteigerung über das 2500fache bis zum 3000fachen und 4 Orte darüber hinaus, während bei den Arbeiterinnen sogar in 14 Orten die Löhne über das 3000fache der Vorkriegszeit gestiegen sind.

Wie steht es gegenüber diesen Lohnsteigerungen nun mit der Beitragszahlung? Wenn man für die Gehilfen nur eine 2200fache Lohnsteigerung dabei berücksichtigt und weiter in Betracht zieht, daß allgemein vor dem Kriege zu dem 80 Pf. Zentralbeitrag 20 bis 25 Proz. Lokalbeitrag erhoben wurden, so ergibt das einen Wochenbeitrag von 2200 bis 2500 Mark für die Gehilfen und 1000 Mark für die Arbeiterinnen. Selbst wenn man also das Lohnmanko in weitestgehendem Maße berücksichtigt, zeigt die Beitragsleistung gegenwärtig noch lange nicht den Opfermut, wie wir ihn vor dem Kriege für selbstverständlich hielten. Man war damals gewöhnt, etwa 1½ Stundenlöhne als Beiträge zu zahlen. Sollen die Gewerkschaften also nicht zu sehr geschwächt werden, dann müssen wir uns auch jetzt wieder an jene Richtlinien halten. Deshalb sollte jeder zielbewusste Gewerkschafter willig zahlen, was der Verband von ihm fordert; fordern muß er, zur Wahrung seiner und der Allgemeinheit Interessen.

Der Mitgliederstand der freien Gewerkschaften

hat sich am Schlusse des vierten Quartals 1922 fast auf gleicher Höhe wie im vorhergehenden Quartal gehalten. Insgesamt waren am Ende des Jahres 8 077 175 Mitglieder in den freien Gewerkschaften, die dem ADGB angeschlossen sind, während im vorhergehenden Quartal 8 150 862 zu verzeichnen waren. Als feststehende Zahlen können sie jedoch noch nicht angesprochen werden, da bedauerlicherweise manche Gewerkschaften mit den Angaben noch sehr im Rückstande sind. So liegen beispielsweise für die beiden großen Verbände der Landarbeiter und Bekleidungsarbeiter nur Zahlen vom vierten Quartal 1921, also ein Jahr zurückliegend vor, während sieben weitere Verbände erst die Zahlen vom dritten Quartal geliefert haben.

In folgendem geben wir eine Zusammenstellung der zehn größten Verbände, der wir noch unsern Verband zum Vergleich angefügt haben.

Verband des	Mitglieder insgesamt	davon weiblich
1. Metallarbeiter	1 622 600	196 512
2. Fabrikarbeiter	789 939	212 323
3. Textilarbeiter	728 342	489 365
4. Landarbeiter	626 160	149 311
5. Transportarbeiter	568 739	58 240
6. Bauarbeiter	558 871	—
7. Eisenbahner	443 580	3 698
8. Holzarbeiter	440 472	51 775
9. Bergarbeiter	395 971	1 992
10. Gem.- und Staatsarb.	280 484	52 843
11. Buchbinder	100 715	74 203

Hiernach haben also die ersten sechs Verbände mehr als 4½ Millionen, also 56 Proz. der Mitglieder. Ueber 100 000 Mitglieder haben 15 Verbände. Dagegen stehen wir bei den 38 Organisationen, die über ihre weiblichen Mitglieder berichtet haben, an siebenter Stelle. Insgesamt betrug der weibliche Mitgliederstand 1 760 676 oder 22 Proz., während wir in unserm Verband 75 Proz. weibliche Mitglieder haben.

Der Arbeitsmarkt im Februar

bietet anscheinend ein günstigeres Bild als im Vormonat. Denn sowohl die Zahl der Arbeitslosen wie die der Kurzarbeiter ist zurückgegangen. Die Zahlen täuschen aber scheinlich, da ein erheblicher Teil der Arbeitslosen zweifellos zu anderen Berufen übergegangen ist. Das geht auch daraus hervor, daß die Mitgliederzahl gegen den Vormonat um weitere 509 gesunken ist; bei den weiblichen allein um 400. Diese Annahme steht auch mehr im Einklang mit der Tatsache, daß nach den letzten amtlichen Feststellungen die Zahl der unterstützten Erwerbslosen auf dem gesamten deutschen Arbeitsmarkt von 85 000 auf 124 000 gestiegen ist.

An Arbeitslosen wurden am Stichtage nach unserer Statistik gezählt: 816 männliche und 3274 weibliche, also 4090 oder 4,1 Proz. gegenüber 4313 oder 4,3 Proz. im Vormonat. Kurzarbeiter wurden in 98 Orten und 535 Betrieben festgestellt; 3535 männliche und 11 270 weibliche, also insgesamt 14 805 oder 15 Proz. der Beschäftigten, so daß von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit 18 895 oder 19,1 Proz. betroffen wurden.

Wie sich der Arbeitsmarkt im besetzten bzw. Einbruchgebiet gestaltet hat, läßt sich nur unklar erkennen, da von 8 Zahlstellen mit rund 1400 Mitgliedern des dortigen Gebiets keine Berichte eingegangen sind.

Einen besonderen Tiefstand des Arbeitsmarktes zeigt Berlin, wo bei einem Mitgliederbestand von 18 450 nahezu 1000 Arbeitslose und 5000 Kurzarbeiter gezählt wurden. Im allgemeinen zeigen besonders die Orte mit Papierwareindustrie eine sehr schlechte Geschäftslage. So z. B. Aschersleben bei 1027 Mitgliedern 823 Kurzarbeiter und Arbeitslose; Luckenwalde bei 510 Mitgliedern 405 Kurzarbeiter; Halle bei 740 Mitgliedern 390 Arbeitslose und Kurzarbeiter und Bielefeld 407 bei 1050 Mitgliedern. In ebenso starkem Maße sind die Zahlstellen Bernau und Wurzen betroffen. Infolge des schlechten Geschäftsganges ist auch die Mitgliederzahl weiter gesunken, so daß am Stichtage nur noch 98 974 Mitglieder gezählt wurden.

Die Berichterstattung läßt noch immer zu wünschen übrig. Außer den erwähnten 8 Zahlstellen des besetzten Gebiets, wo die schlechte Postverbindung entscheidend in Frage kommt, fehlten die Zahlstellen Danzig, Liegnitz, Bremen, Bernburg, Arnstadt, Gera, Ruhla, Jittau und Schweinfurt.

Die Stützung der Mark.

Von Robert Schmidt.

Zu einer sehr ungünstigen Zeit, die einer Aktion zur Stützung der Mark recht zweifelhaftes Aussehen gab, ist es dennoch gelungen, einen Erfolg zu erzielen. Was bedeutet dieser Erfolg? Vor allem, daß das Drängen der Sozialdemokratischen Partei, den Kampf gegen die Börse aufzunehmen, nur zu berechtigt war! Leider mußte das Liebel, wie so oft, erst zum Unerträglichsten auswachsen, ehe die Abwehr einsetzte. Der Dollar mußte erst auf 50 000 getrieben werden, um die Erkenntnis wachzurufen, daß es so nicht weitergehen dürfte.

Man wußte, daß Devisen zurückgehalten werden, daß unsere Wirtschaft für den niederen Kurs der Mark keine genügende Erklärung bot und hatte immer wieder Bedenken, in den Machtbereich der Börsenspekulation einzugreifen. Man wartete, obwohl mit überlegener Sicherheit jeder im Dollar Engagierte das weitere Fallen der Mark erwartete. So drängte sich groß und klein um den Spielfuß, um jeden Sprung des Dollars nach oben mit Freuden zu begrüßen und am Effektenmarkt im wilden Treiben nachzuheulen. Und mit ehrbarer Miene erklärten die „Sachverständigen“, die erfahrenen Sobber: „Greift nur nicht in diese diffizilen Vorgänge an der Börse ein, ihr könnt nur Schaden anrichten, denn die Freiheit der Wirtschaft darf auch an dieser Stelle nicht beeinträchtigt werden!“ Diese Leute verwechseln immer den Schaden der Spekulanten mit dem der deutschen Volkswirtschaft.

Man braucht heute nur der Stimmung dieser Kreise nachzugehen, um sich klar zu werden, daß, wenn der Kampf nicht mit großem Nachdruck geführt wird, die Aktion im Sande verlaufen kann. Gewiß, man hält in der Deffektivität vorläufig zurück mit dem Unmut, der um so lauter und höhnischer in Interessententreiben sich breit macht. Man hofft, daß der Reichsbank der Atem ausgehe und es dann wieder lustig abwärts gehen werde, mehr als je. Deshalb halten die kleinen und die großen Spieler mit ihren Devisen und ausländischen Noten, wenn auch etwas unsicher und angstvoll zurück, denn der Glaube, daß die Papierflut eingedämmt werden kann, ist noch nicht erschüttert. Dies ist bisher immer so gegangen, weshalb sollte das Glück ihnen nicht weiter hold sein?

Wenn trotzdem die Abgabe von Devisen und Noten größer ist als nach diesen Neigungen in der Beurteilung der Situation anzunehmen wäre, so gehorcht man mehr dem Zwang als der freien Entscheidung. Nicht alle Unternehmungen sind so kapitalkräftig, um die angelegten Beträge in Devisen und ausländischen Noten festzuhalten. Hält der Kurs der Mark stand, so werden die anderen bald ihren Spieler-optimismus aufgeben müssen.

Unzweifelhaft befinden sich heute viel größere Bestände an Devisen von ausländischen Zahlungsmitteln in deutschem Besitz als vermutet wird. Vom Ausland sind im vorigen Jahre erhebliche Kapitalien in Deutschland angelegt. Es ist bekannt, daß der städtische Grundbesitz zu nicht geringem Teile in ausländische Hände überging; ebenso sind deutsche Wertpapiere an ausländischen Börsenplätzen stark aufgenommen. Der Kurs der dreiprozentigen Reichsanleihe, der relativ gute Stand der städtischen älteren Anleihen ist nur zu erklären mit der größeren Nachfrage im Ausland. Wahrscheinlich werden bei diesem Aufkauf Papiermarkbestände im Auslande oder Guthaben im Inlande Verwendung gefunden haben, aber der Verkauf von Häusern ist vielfach nur in fremder Valuta vollzogen. Alle diese Beträge liegen fest in deutscher Hand. Sie kommen nicht an den Markt und bieten keine Erleichterung für die Zahlungsbilanz, so lange der Kurs der Mark sinkt. Kommt der Glaube aber ins Wanken, daß die schon jetzt eingetretenen Verluste durch ein abermaliges Sinken der Mark nicht eingekrahrt werden können, dann werden diese jetzt noch festgehaltenen Werte an den Markt kommen und das Angebot vermehren. Bis dahin muß die Reichsbank aushalten und sie wird es können.

Man ist nicht zu verkennen, daß dieser Aufkauf von Wertpapieren und städtischem Grundbesitz nicht dauernd anhalten wird und daß diese Wandlung überhaupt ihre sehr bedeutlichen Seiten hat, da wir durch den Zinsendienst immer mehr an das Ausland verschulden. Aber gegenwärtig leben wir von dem eingebrachten Kapital, und daher mußte unter normalen Verhältnissen die Mark sich bessern, sogar für einen längeren Zeitraum, bis das Kapital aufgebraucht ist. Danach müßte also nach Abschluß dieser Periode der Druck wieder um so stärker auftreten.

Solche Schlussfolgerung wäre aber nur dann richtig, wenn wir in diesem Zeitraum unsere Handelsbilanz nicht bessern. Diese Aussicht besteht bei einer Besserung der Mark, nicht aber bei fortgesetzt sinkendem Wert. Unsere Handelsbilanz weist nach der Berechnung des Statistischen Amtes einen Einfuhrüberschuss von rund zwei Milliarden Goldmark auf. Daraus wird nun gefolgert, daß gerade hier die eigentliche Ursache der Markentwertung zu suchen sei und das Wiederaufkommen so wenig Hoffnung verspreche. Daß wir eine passive Handelsbilanz haben, wird niemand bestreiten, aber die vom Statistischen Amt errechnete Höhe muß stark angezweifelt werden. Prüft man die Zahlen unserer Ein- und Ausfuhr näher, so ergibt sich bei einer Umrechnung des Defizits in Papiermark — und zwar so, daß das

60 000 Mt. Rohstoffe. Sinken diese Rohstoffe um 50 Proz., also auf 30 000 Mt., die Mark war in den letzten Wochen um 58 Proz. gefallen, so würde der Preis der Ware auf 70 000 Mt. unter Aufrechterhaltung aller Unternehmungsgewinne herabgesetzt werden können. Dazu käme noch die Spanne, die durch den niederen Arbeitslohn in Deutschland in Anschlag zu bringen wäre, so daß bei einer präzisen Kalkulation noch eine weitere Preisherabsetzung erfolgen könnte. Daß unter diesen Umständen der Export nicht mehr lohnend erscheint, kann niemand im Ernst behaupten. Gewiß kann ein Verlust an lagernden Rohstoffen eintreten. Aber in der Bilanz der Gewerbetreibenden sind die Bestände schon aus Steuerrücksichten so gering eingesetzt, daß sie wie stille Reserven wirken, und somit der Stoß nach rückwärts aufgefangen wird. Aber was wollen selbst Verluste hier besagen? Stellen wir uns auf den Standpunkt des Wiederbeschaffungspreises, dann würde es ja genügen, wenn für den geringeren erzielten Preis die Neuananschaffung der Rohstoffe in gleichem Umfang möglich ist.

Bei kapitalschwachen Unternehmungen, die mit größeren Krediten arbeiten, liegen die Dinge nicht so einfach. Aber solche Firmen werden auch keine erheblichen Lagerbestände haben.

Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Stöckung liegt im Inlande. Die Behinderung im Bezug von Rohstoffen und Kohle aus dem besetzten Gebiet bedroht uns. Wir haben auch damit zu rechnen, daß diese Beengung des Marktes zu Preistreibern benützt wird. Hier gilt es, rechtzeitig vorbeugen. Hält sich die Mark, dann müssen die Preise sinken, vor allem bei Waren, die vom Ausland bezogen sind oder ausländische Rohstoffe enthalten. In Betracht kommen Kaffee, Tee, Schmalz, Margarine, Textilwaren, Metalle usw. Aber auch die Inlandswaren stehen unter diesem Druck. Wenn hier die Preisentung sich nur zögernd auswirkt, dann, wenn die Waren noch teuer eingekauft sind und für viele Waren die Preisbewegung noch hinter dem Dollar zurückstand. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei einer schnellen Preisentung wieder ein Käuferstille einsetzt. Von langer Dauer wird er nicht sein, wenn der Lohn der Arbeiter sich hält und damit die Konsumfähigkeit steigt; an Bedarf fehlt es nicht, da seit vielen Jahren die dringendsten Bedürfnisse in der Familie zurückgestellt wurden.

Ist es nicht bezeichnend für unsere Zustände, daß die Reichsbank die Mahnung an die Privatbanken richten muß, nicht Kredite zu gewähren für Hinterlegung von Devisen und daß bei Nichtbefolgung dieser Anweisung die Reichsbank die den Banken gewährten Kredite kürzen will? Diese Leute, die gegen die Kontrolle des Devisenhandels die lebhafteste Opposition erhoben haben, wissen, daß in ihren eigenen Tresors und in denen ihrer Kunden sehr bedeutende Beträge an ausländischen Noten und Devisen liegen, die dem freien Verkehr entzogen werden. Das ist ja eine Erklärung mit für das Sinken der Mark, und keiner von denen, die die Sachwalter dieser verkehrten Finanzwirtschaft sind, ist sich unklar über die Wirkung dieses Treibens. Aber weil man dabei mühselos Gewinn auf Gewinn gehäuft hat und vor den Verlusten zittert, die bei einer Besserung der Mark entstehen, muß das Geschäft weiter getrieben werden.

Und ist mit der Mahnung der Reichsbank etwas zu erreichen? Wie will die Reichsbank prüfen, ob die bei ihr diskontierten Wechsel Warenwechsel oder reine Finanzwechsel sind, die Kredite für die Effekten- oder Devisenspekulation enthalten? Die Reichsbank nimmt gegenwärtig 12 Proz. Diskont, die Privatbanken berechnen für gewährte Kredite 50 und mehr Prozent. Ein solches Geschäft ist so verlockend, daß alle anderen Bedenken schweigen. Die Banken werden sich nach wie vor von der Reichsbank zu 12 Proz. Geld beschaffen, um es zu 50 Proz. an ihre Kunden weiter zu geben!

Wer leidet darunter? Vor allem auch der reelle Kaufmann, der für seinen Einkauf Kredite braucht und der wie der Spekulant mit den hohen Zinsfüßen belastet wird. Und schließlich muß die Last auf den Verbraucher abgewälzt werden. Man wendet sich heute mit viel Unmut gegen die kleinen Geschäftsleute und wirft ihnen Preiswucher vor. Es gibt solche, die auch Wucher betreiben, aber im allgemeinen ist der Vorwurf gegen das Kleingewerbe unberechtigt. Im Kleinhandel wirkt sich das nur aus, was vom Produzenten und

Der Aufgabentritt und die Tätigkeit des Betriebsrats

beruht auf rein gewerkschaftlicher Grundlage. Deshalb müssen die

Wahlen

nur nach freigewerkschaftlichen Listen erfolgen. Nicht Parolen und politische Versprechungen, sondern Tüchtigkeit und Erfahrungen sind bei den Wahlen zu

beachten!

Defizit in jedem Monat nach dem durchschnittlichen Kurs der Mark umgerechnet wird —, daß eine Wehr-einfuhr im Betrage von 984 489 Millionen Papiermark im Jahre 1922 zu verzeichnen war. Da, wenn wir die übrigen Verpflichtungen hinzurechnen, die Zahlungsbilanz auf ein Defizit von reichlich über einer Billion anwachsen müßte, so hätten wir einen Ausgleich nur finden können, indem wir diesen Betrag an Papiergeld an das Ausland abgaben. Unser Notenumlauf betrug aber am Ende des Jahres nach dem Ausweis der Reichsbank 1 280 095 Millionen Mark. Wirhin mußten nach dieser Berechnung unsere ganzen Noten nach dem Ausland abgefloßen sein. Da wir nun aber täglich wahrnehmen können, daß auch noch einige Noten in Deutschland geblieben sind, so kann die Berechnung nicht stimmen. Selbst wenn Warenkredite auf längeres Ziel in Anspruch genommen sind, wäre eine solche Differenz nicht auszufüllen.

Die Handelsbilanz in der Goldumrechnung ist ein interessantes Experiment, volkswirtschaftlich aber unbrauchbar. Ist jedoch das Passivsaldo der Handelsbilanz erheblich geringer als nach dieser Berechnung in die Erscheinung tritt, dann würde bei einer Besserung der Mark sich dies in der Handelsbilanz sehr bald vorteilhaft bemerkbar machen. Schon der große Posten der Lebensmitteleinfuhr läme uns erheblich zusetzen.

Die Befürchtung, daß unsere Ausfuhr infolge des besseren Standes der Mark unter der schärferen Konkurrenz nicht mehr den Markt behaupten könne, wird stark übertrieben. Für Waren, die zu einem erheblichen Teil aus ausländischen Rohstoffen hergestellt werden, sinkt ganz automatisch der Preis um den geringeren Betrag, der für ausländische Rohstoffe aufgewendet wird. Nehmen wir ein Beispiel aus der Textilindustrie: Die ausländischen Rohstoffe nehmen hier bis zu 60 Proz. des Verkaufspreises ein. Eine Ware, die 100 000 Mt. kostet, enthält mithin für

Großhandel, von den Kartellen und Syndikaten, aber viel mehr noch vom Finanzkapital gebildet wird.

Wir kommen von der Preistreibererei nicht herunter, wenn wir nicht rücksichtslos gegen diejenigen vorgehen, die das weitere Sinken der Mark durch ihr Verhalten fördern. Nur nicht auf halbem Wege stehenbleiben! Dieser Kampf muß fortgesetzt und der Angriff erweitert werden, denn das Wohl des Landes steht auf dem Spiel. Nur dann wird der Widerstand gegen die französische Invasion gestärkt, wenn das Volk sieht, daß wir auch im Innern keine Herrschaft der Geldmacht dulden. Die Sorge, die uns von außen hereingetragen wird, wollen wir nicht vergrößern durch den Unmut über das Treiben gewissenloser Elemente im eigenen Lande!

Zum Gesekentwurf über die Arbeitslosenversicherung.

Alles ist jetzt vorläufig in Deutschland: der Stand der Baluta, die Preise, die Gehälter und Löhne wie alles andere, einschließlich der Ruhebeziehung. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich gegenwärtig mit dem Entwurf eines Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung. „Vorläufig“ deshalb, weil — wie in der Begründung des Entwurfs ausgeführt wird — „bei der Dauer und der Intensität der Wirtschaftskrisen und der unberechenbaren Lage des Arbeitsmarktes“, der voraussichtliche Aufwand, die Voraussetzungen für jede Wahrscheinlichkeitsberechnung, ohne die eine reine Versicherung sich nicht aufbauen läßt, sich unmöglich nach verfahrenstechnischen Grundfögen schätzen läßt. Ferner wird die Bildung örtlich oder beruflich begrenzter Gefahrengemeinschaften bei dem krisenhaften Charakter der Arbeitslosigkeit, die bestimmte Berufe und Bezirke besonders schwer trifft, heute als undurchführbar bezeichnet.

Schließlich kommt der Charakter einer vorläufigen Regelung auch dadurch zum Ausdruck, daß zwar die geltende Arbeitslosenversicherung durch eine Arbeitslosenversicherung abgelöst wird, in diese Versicherung jedoch noch Momente der Fürsorge infolgedessen aufgenommen werden müssen, als es der organische Uebergang von der Fürsorge zur Versicherung verlangt. Beim Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung sind wohl versorgungsbedürftige Arbeitslose vorhanden, aber keine anspruchsberechtigten Versicherten. Die vorläufige Arbeitslosenversicherung will in sich gleichzeitig den Abbau der Fürsorge und den Aufbau der Versicherung vereinigen.

Der Entwurf geht davon aus, daß es zunächst gilt, den Eintritt der Arbeitslosigkeit möglichst zu verhüten, weiter aber die eingetretene Arbeitslosigkeit baldmöglichst wieder zu beendigen, den durch sie eingetretenen Schäden zu heilen und schließlich für den Fall der Arbeitslosigkeit eine laufende Unterstützung zu gewähren.

Die Einführung einer vorläufigen Arbeitslosenversicherung muß als ein notwendiges Uebel betrachtet werden. Wögen wir vorläufig von einer Stabilisierung unserer Mark noch ziemlich entfernt sein, so wird und muß sie doch einmal kommen, und damit muß die deutsche Arbeitnehmererschaft durch eine Krise hindurch, die an Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit wahrscheinlich alles übertreffen wird, was wir in Deutschland auf diesem Gebiete bisher erlebt haben. Es mag bequemer sein, die Beibehaltung und Ausgestaltung der Erwerbslosensfürsorge zu fordern und vom Reich, den Ländern und Gemeinden zu fordern, daß sie die Lasten der Fürsorge allein tragen. Soll dies auf die Dauer möglich sein, dann nicht ohne indirekte Heranziehung der Arbeitnehmererschaft, in Vergleich mit der freilich eine direkte Mitbeteiligung in Form der Arbeitslosenversicherung den Vorzug verdient. Sind wir also im Prinzip mit der Versicherungspflicht einverstanden, so doch nicht ohne weiteres auch mit allen einzelnen im Entwurf vorgesehenen Bestimmungen.

In Artikel 163 der Reichsverfassung wird jedem Deutschen das Recht auf Arbeit zuerkannt und, soweit ihm angemessene Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, ihm die Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts gewährleistet. Daraus ergibt sich in erster Linie die Aufgabe der Organisation des Arbeitsmarktes, weshalb die Reichsregierung zunächst die Regelung des Arbeitsnachweisens in Angriff genommen, das Arbeitsnachweisgesetz vom 22. Juli 1922 eingeführt hat. Hieraus wird in dem Entwurf die weitere Fölgung abgeleitet, daß die Mittel der Arbeitslosenversicherung mit dazu dienen sollen, „die Lücke auszufüllen“, die das Arbeitsnachweisgesetz bezüglich der Kosten der Arbeitsnachweismäster gelassen hat. Diese Kosten der Arbeitsnachweismäster sollen nach § 67 des Arbeitsnachweisgesetzes „durch besonderes Gesetz geregelt werden“. Zu dieser Regelung soll die Arbeitslosenversicherung herangezogen werden. Von den „notwendigen“ Kosten der Arbeitsvermittlung sollen zwei Drittel zu Lasten der zur Arbeitslosenversicherung beitragspflichtigen Personen gehen, das letzte Drittel soll für jedes Arbeitsamt diejenige öffentlich-rechtliche Körperschaft tragen, bei der das Amt errichtet ist.

Obwohl den Arbeitsämtern ein großer Teil der Verwaltungsarbeiten für die Arbeitslosenversicherung aufgebüdet wird, bedeutet diese Art der Kostenregelung für die Versicherung von vornherein eine erhebliche finanzielle Belastung.

Organe der Arbeitslosenversicherung sind die öffentlichen Arbeitsnachweise und die Krankenkassen. Einmal um die Verwaltungskosten möglichst niedrig zu halten, weiter aber um die Vereinbeteiligung der Sozialversicherung nicht noch mehr zu erschweren, mußte von der Schaffung eines besonderen Verwaltungsapparates für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung abgesehen werden. Die Feststellung des Schadensfalls, d. h. die Entscheidung darüber, ob Arbeitslosigkeit im Sinne des Gesetzes vorliegt, kann ohnehin nur durch den öffentlichen Arbeitsnachweis

erfolgen. Er ist daher vorgesehen als Sachstelle für die Prüfung und Kontrolle der Arbeitslosigkeit. Die Begründung spricht von „Arbeitswilligkeit“, ein sehr anrüchliches Wort — das an keiner Stelle in das Gesetz übernommen werden dürfte — für die Beendigung der Arbeitslosigkeit und für ihre Einschränkung durch planmäßige Regelung des Arbeitsmarktes.

Die Durchführung des Beitragsystems soll den Krankenkassen übertragen werden, da sie die Voraussetzungen für diese Aufgaben besser bieten als jede andere Organisation der Sozialversicherung. Die Beiträge sollen für die Arbeitslosen- und die Krankenversicherung zusammen erhoben werden. An die Krankenkassen soll für ihre Tätigkeit ein schätungsweise zu ermittelnder Betrag erstattet werden.

Die Aufbringung der Mittel, die vor allem diejenigen Kreise tragen müssen, die an der Arbeitslosenversicherung am stärksten interessiert sind und deren Mitwirkung bei ihrer Durchführung unentbehrlich ist, soll nach dem Entwurf in der Weise erfolgen, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen zusammen zwei Drittel in Gestalt von Beiträgen zahlen, während das letzte Drittel zu einem Sechstel auf das Reich entfällt und das weitere Sechstel, also je ein Zwölftel von den Ländern und Gemeinden je zur Hälfte zu tragen ist. Die Festsetzung der Beiträge erfolgt durch den Reichsarbeitsminister mit dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung zusammen, alljährlich in der zweiten Hälfte des Jahres für das folgende Kalenderjahr.

Die Festsetzung bedarf der Zustimmung des Reichsrats und eines vom Reichstag gewählten Ausschusses von 28 Mitgliedern. Für die Bemessung der Beiträge wird der Aufwand zugrunde gelegt, den die Versicherung im Reichsgebiet vom 1. Juni des vorhergehenden Jahres bis zum 30. Juli desjenigen Jahres erfordert hat, in dem die Festsetzung erfolgt. Da sowohl die Geldentwertung wie der Grad der allgemeinen Arbeitslosigkeit eine große Rolle spielt, ist weiter vorgesehen, daß die Beitragshöhe im Laufe des Kalenderjahres abgeändert werden kann, wenn außergewöhnliche Umstände dies rechtfertigen.

Die Verteilung der Beitragslast auf die einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll der Gefahr der Arbeitslosigkeit im Beruf entsprechen. Es sollen drei Gefahrenklassen geschaffen werden, und zwar eine für die Angehörigen derjenigen Berufsgruppen, die regelmäßig die Arbeitslosenversicherung über den Durchschnitt in Anspruch nehmen, zweitens für die Angehörigen solcher Berufsgruppen mit geringerer als der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit. Diese Art der Beitragsfestsetzung hat wohl den Vorzug, daß die notwendigen Mittel unter allen Umständen herbeigeschafft werden, ein Versagen der Unterstützung aus Mangel an Mitteln nicht eintreten kann, birgt aber auch die Gefahr einer in Krisenzeit überaus starken Belastung für die Vollarbeiter in sich.

Der Entwurf rechnet mit einem Personentreis von 15,7 Millionen versicherungspflichtiger Mitglieder,

Wer kann höheren Sieg erringen, als der Kämpfer für Recht und Wahrheit? Der Wahrheit dienen, heißt für wahre Freiheit streiten, der Vernunft den Weg bereiten!

Die Bibel, ihre Geschichte und Verbreitung.

I.

Wohl kein anderes Werk hat auf literarischem Gebiete eine solch riesige Verbreitung auf der ganzen Erde und bei allen Völkern der Welt aufzuweisen wie die Bibel. Der sittliche, religiöse und geschichtliche Wert und Inhalt der Bibel wird zumeist unterschätzt, wozu allerdings sowohl die Kirche als auch die Schule sehr viel beigetragen haben. Einestells sträubt sich die Kirche dagegen, eine gründliche Reinigung der Bibel in die Wege zu leiten, denn die Bibel steht voller Widersprüche. Andererseits wird die Bibel von der Schule immer noch nach dem alten Dogma der Kirche im Religionsunterricht erläutert, ohne die tatsächlichen Irrtümer und Widersprüche des Inhalts richtigzustellen. Es muß mit dem göttlichen Ursprung der Bibel sehr mißlich bestellt sein, wenn ein Lehrer, sogar hochgelehrter Professor der Theologie, ja selbst Kirchenrat, wie Dr. Daniel Schenkel anerkennt: „Die Bibel ist eine Sammlung von sehr verschiedenartig entstandenen und einen sehr mannigfaltigen literarischen Charakter tragenden Schriften. Von einem gleichartigen Ursprung und einem übereinstimmenden geistigen Gepräge der biblischen Bücher ist gar keine Rede. Wer

die Bibel für ein Werk des heiligen Geistes hält, der muß doch all die menschlichen Schwächen, die vielen groben Irrtümer, Fehler, Mannigfaltigkeiten, Widersprüche, Verstöße, unrichtigen Angaben, falschen Vermutungen und Voraussetzungen einfach leugnen und der Wahrheit ins Gesicht schlagen.“ — Wenn die Theologen so schreiben, kann man es dann wohl den Laien verargen, wenn sie die Konsequenzen ziehen? Die Bibel ist eben ein Buch wie alle anderen Bücher, ein Stück jüdischer Literatur, und wenn wir wissen, wie es bei ihrer Entstehung zugegangen ist, dann verschwindet ihr göttlicher Charakter gänzlich.

Die letzte umfassende Reinigung des Bibeltertes rührt von dem Gelehrten Tischendorf her (1872). Eine gründliche Revision und Reinigung wird der neuzeitlichen Weltanschauung und deren Umwälzung auf allen Gebieten der Wissenschaften vorbehalten bleiben. Ihre Bedeutung als großes Geschichtswerk wird die Bibel auch in Zukunft behalten.

Das Wort „Bibel“ bedeutet schlechthin „Buch“ (biblos), aber wir haben hier nicht ein einziges Buch vor uns, sondern eine Sammlung von Büchern (Biblia) aus verschiedenen Zeiten und von verschiedenen Schriftstellern. Im ganzen sind es 66 Bücher, große und kleine, die zusammen die Bibel bilden. Wer also sagt: „Meine Ansichten stimmen mit dem Inhalt der Bibel überein“, der ist ebenso närrisch wie derjenige, der 66 Bücher seines Bücherschranks in einen Band binden läßt und darauf sagt: „Meine Ansichten stimmen mit dem Inhalt dieses Buches überein.“ Für

eine solche Torheit können die Schriftsteller der Bibel nicht verantwortlich gemacht werden, wohl aber die Geistlichen unserer Zeit, die den Menschen etwas Derartiges beibringen suchen. Im übrigen hat selbst die Bibel nicht einmal überall denselben Inhalt. Die römisch-katholische Kirche, einer der größten Teile der christlichen Religion, hat eine weit umfangreichere Bibel als die anderen Kirchen. Die lutherische Bibel ist stärker als die der Reformierten. Wie kommt das? Ursache ist: Die Bibel besteht aus zwei Teilen, dem Alten und dem Neuen Testament. Der erste Teil ist die Heilige Schrift der Juden. Man nennt sie die Kanonischen Bücher, nach dem Worte „Kanon“, welches Riethmair heißt, weil sie die Regeln zu christlichem Glauben und Leben enthalten. Außerdem gibt es noch die „Apokryphen“, d. h. die unechten Bücher, welche, als den anderen Büchern nicht gleichwertig, dem öffentlichen kirchlichen Gebrauch entzogen wurden und bei den Katholiken und Lutheranern zwischen Altem und Neuem Testament gedruckt werden. Eine lutherische Bibel ist also umfangreicher als eine reformierte. Für uns, die wir die ganze Idee vom Kanonismus haben fallen lassen, existiert hingegen kein Unterschied zwischen der einen und der anderen Art der Bibel. Wir beurteilen sie nur nach dem Inhalt und schätzen deshalb z. B. die Sprüche des Jesus Sirach aus den Apokryphen bedeutend höher als die meisten kanonischen Bücher des Alten Testaments, und wir wüßten nicht, weshalb wir die Bücher der Mattabäer im Vergleich zu den Büchern der

wovon er etwa 4,5 Millionen in der Land- und Forstwirtschaft ausnehmen will, so daß 11,2 Millionen Versicherte bleiben würden. Auf Einzelheiten des Entwurfs wird nach Abschluß der Beratungen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat näher einzugehen sein. „B. Z.“

Privatwirtschaft und Volkswirtschaft.

Wer die Vorgänge im wirtschaftlichen Leben Deutschlands in der Nachkriegszeit aufmerksam verfolgt hat, wird sich der gewiß recht bedauerlichen Tatsache nicht verschließen können, daß auf einer ganzen Reihe von Gebieten sich deutlich Verfallsymptome zeigen, die für die Zukunft ungeheure Bedeutung gewinnen können. Es ist zuzugeden, daß der schwere Druck der Reparationen und die fortgesetzte Beunruhigung durch politische und militärische Sanktionen wesentlich dazu beigetragen haben, die Unternehmungslust des einzelnen wie der Gesamtheit stark zu beeinträchtigen. Wir sehen, daß seit Jahr und Tag im kleinen wie im großen wirtschaftliche Dispositionen nur noch für den gegenwärtigen Augenblick, äußerst selten aber auf lange Sicht getroffen werden. Das gilt z. B. schon von der Zelle unseres Volkes und unserer Volkswirtschaft, vom Familienhaushalt. Die Schwierigkeiten, mit denen heute jede einzelne Haushaltung zu kämpfen hat, führen zu einer sehr bedenklichen Vernachlässigung der Ausbildung der heranwachsenden Generation. Die Familienväter sehen sich genötigt, ihre schulentlassenen Kinder in Stellungen unterzubringen, wo ihnen vom ersten Tage an ein gewisses Einkommen — und sei es auch noch so klein — winkt. Eine geregelte Ausbildung durch eine gegebene Handwerkslehre oder dergleichen scheint in vielen Fällen undurchführbar. Infolgedessen schrumpft die Zahl der Qualitätsarbeiter von Jahr zu Jahr mehr zusammen, es droht uns schon in naher Zukunft eine starke Verschlechterung unserer technischen Leistungsfähigkeit. Der Krieg hat das Heer unserer Spezialarbeiter ohnehin schon dezimiert, es bedürfte gerade jetzt einer besonders planmäßigen Heranbildung des Nachwuchses, wenn unsere Industrie wieder zur früheren Höhe der Leistungsfähigkeit gebracht werden sollte. Wir werden um so eher auf die Stufe europäischer Lohnniveaus herabsinken, je weniger wir für die Wiederherstellung des früheren Bildungsniveaus unserer Arbeitermassen tun.

Wenn heute die Familie nicht mehr imstande ist, der heranwachsenden Jugend eine entsprechende Ausbildung angeheihen zu lassen, dann sollten der Staat, die großen Wirtschaftsverbände und die industriellen Unternehmungen sich um so schneller entschließen, hier in die Bresche zu springen und helfend einzugreifen. Auf der andern Seite sehen wir aber auch in der Industrie selbst eine ungenügende Ausnutzung technischer und wissenschaftlicher Fortschritte. Der Zusammenschluß der einzelnen Gewerbe zu Syndikaten und ähnlichen

Wirtschaftsorganisationen hat es mit sich gebracht, daß die Preise der gewerblichen Erzeugnisse unter weigehender Berücksichtigung der schwächeren, d. h. meist technisch rückständigeren Unternehmungen festgesetzt werden. Hierdurch wird der freie Wettbewerb unterbunden und damit eine wichtige Quelle der technischen Erneuerung verschüttet. Die besser organisierten Betriebe sind ebenfalls vielfach davon abgekommen ihren Produktionsapparat auf der Höhe der Zeit zu halten, da sie ja mit den alten Maschinen und Einrichtungen unter dem Schutze der Valutakonjunktur und der Verbandspreise noch immer reichliche Gewinne erzielen. Die schädlichen Wirkungen dieser Rückständigkeit treten augenblicklich noch nicht ganz klar zutage, da Deutschland an der Weltmarktkonkurrenz bisher unter besonders vorteilhaften Bedingungen (unterwertige Valuta) teilnahm. Sobald aber in dieser Beziehung normale Verhältnisse wiederkehren, wird sich zeigen, daß sowohl unsere technischen Mittel wie auch die Ausbildung unserer jüngeren Arbeiter sich nicht auf der Höhe der Zeit befinden. Es wird einer starken staatlichen Wirtschafts- und Erziehungspolitik bedürfen, um einen weiteren Verfall aufzuhalten und die Privatwirtschaften in dieser Hinsicht im Interesse der gesamten Volkswirtschaft wieder zu Höchstleistungen anzuspornen. B. Z. B.

Keine Betriebsrätewahlen im alt- und neubesetzten Gebiet.

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Verordnung auf Grund des Notgesetzes (Sozial- und Kleinrentner-Fürsorge, Soziale Wahl) vom 8. März 1923 erlassen, deren § 5 sich auf die Betriebsräte-Neuwahlen bezieht und folgendermaßen lautet:

Die infolge Ablaufs der Wahlzeit erforderlichen Neuwahlen zu den Betriebsvertretungen der im besetzten Gebiet und im Einbruchgebiete gelegenen Betriebe werden bis zum 31. März 1924 ausgesetzt. Die Amtsdauer der beim Inkrafttreten der Verordnung im Amte befindlichen Mitglieder von Betriebsvertretungen wird bis zur Durchführung der Neuwahlen verlängert. Soweit Mitglieder einer Betriebsvertretung ihr Amt niedergelegt haben oder eine Betriebsvertretung insgesamt zurückgetreten ist, können sie innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Verordnung durch Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber die Amtsniederlegung oder den Rücktritt mit der Wirkung widerrufen, daß sie als nicht gesehen gelten.

Auf Neuwahlen, bei denen zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung die Stimmabgabe schon geschlossen war, findet Absatz 1 keine Anwendung.

Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 finden auch Anwendung, wenn nur Teile eines Betriebes oder bei Gesamt- oder gemeinsamen Betriebsräten nur einzelne Betriebe im besetzten Gebiet oder im Einbruchgebiete liegen. Sie gelten ferner für die nach § 61 des Betriebsrätegesetzes gebildeten Betriebsvertretungen der Unternehmungen und Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeindeverbände, soweit der Bereich der Dienststelle oder der Behörde, bei der die Betriebsvertretung errichtet ist, ganz oder teilweise innerhalb des besetzten Gebiets oder des Einbruchgebiets liegt.

In Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der Absätze 1 bis 3 ergeben, entscheiden die nach den §§ 93, 94 und 103 des Betriebsrätegesetzes zuständigen Stellen. Es können demnach die Betriebsvertretungen, die gemäß des Wahlauftrages der Betriebsrätezentrale des DGBB. ihre Nemier niedergelegt haben, sofern die Wahl noch nicht durchgeführt ist, durch eine Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber, innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Verordnung die Amtsniederlegung bzw. den Rücktritt widerrufen.

Es muß anerkannt werden, daß die außerordentlich schwierige Situation eingearbeiteter Körperschaften bedarf. Auch ist die Gewähr für eine ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen in keiner Weise gegeben.

Deshalb sind all die Unterstellungen, die das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands an einer Verschiebung der Wahlen für das besetzte Gebiet anknüpft, abwegig und unzutreffend. Die Gewerkschaften treten nach wie vor für die Erhaltung und den Ausbau des Betriebsräterechts und der Betriebsdemokratie ein. Wir fordern die im Amte befindlichen Betriebsräte des alt- und neubesetzten Gebietes auf, ihre bisher gesammelten Erfahrungen bis zum Ablauf der nunmehr bis zum 31. März 1924 verlängerten Wahlzeit reiflos im Interesse der Gesamtarbeiterschaft auswirken zu lassen und alle Maßnahmen zu unterstützen und durchzuführen, die getroffen werden, die Lage der Arbeitnehmer des besetzten Gebietes zu erleichtern und geordnete Verhältnisse wiederherzustellen.

Ruhehilfe.

Infolge der verschiedenen nebeneinander laufenden Sammlungen zur Linderung der durch die Ruhrbesetzung hervorgerufenen Not sind Mißverständnisse über den Zweck der einzelnen Sammlungen entstanden. Unter dem Namen „Ruhehilfe“ geht das gemeinsame Hilfswerk der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es stellt keine eigentliche Sammlung dar, sondern die Mittel sollen durch eine gemeinsame Umlage eingebracht werden. Die Arbeiter und Angestellten zahlen einen Stundenverdienst, die Arbeitgeber das Vierfache dieser Lohnsumme. Die Verwaltungen der eingehenden Gelder geschieht streng paritätisch durch Gewerkschaften und Arbeitgeber. Die „Ruhehilfe“ dient satzungsgemäß zur Unterstützung der infolge Arbeitsmangels Notleidenden und zur Kinderfürsorge. Die Gelder sind nicht bestimmt für Lohnzahlungen, Unterstützung an vertriebene Beamte und dergleichen.

Neben der „Ruhehilfe“ besteht das „Volksopfer“, das sich mit seiner Sammlung an die weitesten Kreise des In- und Auslandes wendet, und in erster Linie die notleidenden Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Witwen und sonstigen Wahlschicksbedürftigen unterstützt. Auch aus dieser Sammlung fließen Mittel für die „Kinderhilfe“. Damit sich „Ruhehilfe“ und

Könige oder denen der Chroniken zurückstellen sollten*). Von den Bibelübersetzungen, die auch das „Neue Testament“ enthalten, ist die lateinische „Vulgata“ (lat. vulgus, für das Volk bestimmte), die „allgemein verbreitete“, die wichtigste. Sie ist das Werk des Kirchenpaters Hieronymus, von 383—407 verfaßt, sehr gründlich gearbeitet, und wurde vom Konzil zu Trident 1546 zu kanonischer Geltung erhoben, die sie praktisch längst genossen hatte. Sie beherrschte bis zu Luthers Zeiten die ganze Christenheit und behauptet noch heute in der katholischen Kirche ihre Stellung, allerdings nach einer 1598 vom Papste Clemens VIII. getroffenen Revision, die seitdem als unveränderlich gilt. Deutsche Bibelübersetzungen waren bis 1477 schon 5 erschienen und bis zur Reformation war deren Zahl auf 17, sowohl in ober- als auch in niederdeutscher Mundart, gestiegen, aber sie waren alle mit einem Schicksal vergesessen, als 1522 in Wittenberg Luthers Neues Testament erschien. Die ganze Lutherbibel erschien 1534. Von da an bis auf den heutigen Tag ist diese epochemachend geblieben. Sie ist zur festesten Stütze der Reformation, zugleich zum Eckstein der neuhochdeutschen Schriftsprache geworden. Und so groß ist ihr Ansehen, daß bis zum heutigen Tage kein

Katechismus, keine Kirchenagenda es gewagt hat, ihre Mängel, ja offensibaren Irrtümer zu verbessern. Insbesondere das Alte Testament, namentlich die Prophetenbücher, lassen vielfach in der Wiedergabe zu wünschen übrig*). Im übrigen ist Luthers Uebersetzung eine echt volkstümliche und sein Prinzip das einzig richtige für Uebersetzungen überhaupt, indem er behauptet, man müsse nicht das lateinische Wort fragen, „wie die Esel tun“, sondern die Mutter im Hause, die Kinder auf der Gasse, den gemeinen Mann auf dem Markte, und ihnen auf das Maul sehen, wie man deutsch redet“. Die neuerdings gebrauchtesten Uebersetzungen bei den Katholiken sind die von Veander von Eh (zuerst 1807) und Altiloi (zuletzt 1874), diese in vorzüglichem Deutsch geschrieben. Als eine der ältesten Uebersetzungen der Bibel ist die von dem westgotischen Bischof Wulfila (griech. Ulfilas) geb. 311, gest. 388, zu erwähnen. Er überlegte die ganze Bibel außer den Büchern der Könige, die er für seine Goten wegen ihres kriegerischen Inhalts für zu gefährlich hielt. — Aus Südalien kam ein um das Jahr 500 geschriebener Prachtcodex der Evangelien, mit silbernen Buchstaben auf purpurfarbened Pergament geschrieben, nach dem Kloster Werden an

der Ruhr, dann nach Prag, und nach Eroberung dieser Stadt durch den schwedischen General Königsmarck nach Schweden, wo er seit 1689 unter dem Namen des Codex argenteus (silbernes Familiarbuch), herausgegeben von Uggström, Uplala 1854, in der Bibliothek der Universität Uplala aufbewahrt wird. Ein Teil der Uebersetzung des Mathäus-Evangeliums befindet sich in der Ambrosianischen Bibliothek in Mailand. Einige Stücke des Römerbriefs auch in der Wolfenbütteler Bibliothek (Codex Carolinus). Ulfilas hat für seine Uebersetzung ein gotisches Alphabet erfunden. Es bleibt ihm der Ruhm, zuerst die Sprache seines Volkes in zusammenhängender schriftlicher Darstellung angewendet und ihr durch die Bibelübersetzung einen festen Halt gegeben zu haben. Noch zu erwähnen ist eine auch von Lessing erwähnte verschollene Handschrift der sogenannten Biblia pauperum (Armenbibel), die von J. Luy-Nizach bei Mühlhausen in den Schätzen der herzoglichen Bibliothek zu Wolfenbüttel wiedergefunden worden ist. Die interessante Handschrift war während des ganzen 19. Jahrhunderts verschollen. Daß sie so lange in Wolfenbüttel verborgen geblieben konnte, ist wohl in erster Linie dem Umstande zuzuschreiben, daß sie mit einem Werte zusammengebunden ist, um welches sich bisher fast niemand kümmerte, mit dem Speculum humanae salvationis. Bei der Nachforschung nach Handschriften dieses Wertes kam Luy auf die Biblia pauperum. Die Bilder der Wolfenbütteler Armenbibel sind für Kunsthistoriker von hohem Interesse.

*) Ueber die Grundregeln und die technische Einteilung des Bibeltextes müssen wir uns Raummangels wegen kurz fassen. Weiters hochinteressante Aufschlüsse über die Geschichte der Bibel“ gibt die Schrift von Domela Nieuwenhuis, überlegt aus dem Holländischen ins Deutsche von Dr. Franz Dieckhoff-Borsmann und H. Sanders-Bünde, Verlag von O. Zlotoff-Verlag.

*) Bezüglich der Textbeschaffenheit. Handschriften (Codices) ist der Text des Neuen Testaments weit verderbter als der des Alten Testaments, dem die jüdischen Abschreiber schäbend zur Seite standen. Im ganzen Neuen Testament ist kaum ein Vers zu finden, zu welchem nicht „Besatzten“ oder „Varianten“ vorhanden wären; deren Zahl man im ganzen auf ungefähr 60000 schätzt!

„Volksopfer“ in ihren Aufgaben nicht durchkreuzen, nehmen wechselseitig Vorstandsvertreter mit beratender Stimme an den beiderseitigen Vorstandssitzungen teil. Außerdem sitzen auch Gewerkschaftsvertreter im Arbeitsausschuss des „Volksopfers“.

Ein drittes Hilfswerk, die „Rhein-Ruhrhilfe“, vermittelt lediglich die Kreditbeschaffung für diejenigen Unternehmungen, die infolge Maßnahmen der Besatzungsbehörden in der Fortsetzung ihrer Tätigkeit teilweise oder ganz behindert werden. Aus der „Rhein-Ruhrhilfe“ soll die Weiterzahlung des Lohnes für die Arbeiter und Angestellten solcher Betriebe sichergestellt werden, und zwar erhalten alle durch feindlichen Eingriff unmittelbar arbeitslos werdenden den vollen Lohn, und die nur mittelbar durch Transportbehinderung, Rohstoff- und Kohlenmangel arbeitslos gewordenen zwei Drittel des Lohnes. Mittel der „Ruhrhilfe“ werden hierfür nicht in Anspruch genommen.

Für die Kinderhilfe ist eine besondere Organisation geschaffen, an der auch der Hauptausschuss für Arbeitermobilität und die Kinderschutzkommission beteiligt sind, und in deren Finanzausschuss auch Vertreter der „Ruhrhilfe“ sitzen. Diese „Zentralstelle für Kinderhilfe im Einbruchgebiet“ wird teils aus Staatsmitteln, teils aus dem Ertrag der Sammlungen finanziert, sammelt aber auch selbst. Sie betreibt praktische Kinderfürsorge, — vor allem die Vererbung der Kinder ins Ausland und in deutsche Landgebiete —, in weitestem Maße.

Für die vertriebenen Arbeiter und Angestellten ist gleichfalls eine besondere Einrichtung getroffen, die aus Staatsmitteln finanziert wird.

Weiter bestehen neben diesen Hilfsaktionen noch einige besondere lokale Sammlungen, die nur dazu beitragen können, das gesamte Hilfswert zu vergrößern. Wenn wirklich erfolgreiche Hilfe, sowohl im besetzten Gebiet wie auch im übrigen Deutschland geleistet werden soll, so ist Zentralisation und Ueber-sichtlichkeit erforderlich. Nur dadurch läßt sich an die wirklichen Notstandsherde heran kommen, nicht dadurch, daß die verschiedensten Unterstützungseinrichtungen durcheinanderlaufen. Obendrein dient die Zersplitterung nur den Drückebergern, weil eine durchgreifende Kontrolle, ob Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihre ständige Pflicht erfüllt haben, unmöglich wird.

Die Ortsausschüsse haben daher die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die „Ruhrhilfe“ durchgeführt wird. Nur so können wir die Drückeberger und Unorganisierten zur Abführung eines Stundenverdienstes und die Arbeitgeber zur Leistung eines vierfachen Betrages veranlassen. In den Orten, wo die Ortsausschüsse verlagern und eine gemeinsame Aktion mit den Unternehmern ablehnen, sehen wir, daß auch die Unternehmer ihren Anteil entweder gar nicht oder viel zu gering an die „Ruhrhilfe“ abführen. Teilweise werden in diesen Orten die von den Unternehmern gesperrten Beträge in eigener Verwaltung gehalten, so daß uns eine Kontrolle über die Verwendung dieser Gelder verlorengeht. Wenn verhindert werden soll, daß sich viele Unternehmer drücken, oder daß das Geld in uns sehr unangenehme Kanäle fließt, so müssen nunmehr alle Ortsausschüsse die „Ruhrhilfe“ durchführen. Wo Sammlungen herausgegeben sind, muß nachgeprüft werden, ob auch tatsächlich entsprechend dem Beschluß jeder einen Stundenverdienst zeichnete, eventuell muß durch erneute Sammlung das Fehlende nachgeholt werden. Unter Nachweis der an die „Ruhrhilfe“ abgeführten Summen ist dann auch der Unternehmer durch die Betriebsräte oder die Verbände um den Nachweis zu erforschen, daß auch er seinen Beitrag der „Ruhrhilfe“ zugeführt hat.

Aus den „Bundes-Mitteilungen“.

Internationales.

Die Arbeitslosigkeit in den skandinavischen Ländern. Mit Ausgang des Jahres 1920 setzte in den drei skandinavischen Ländern die Krise und mit ihr die Arbeitslosigkeit ein, die ihren Höhepunkt beim Jahreswechsel 1921/1922 erreichte. Trotz der im zweiten Halbjahre 1922 eingetretenen Besserung hält die Arbeitslosigkeit sich immer noch auf einer erschreckenden Höhe, und die Lage der Arbeitslosen verschlimmert sich durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit und die fortgesetzten Herabsetzungen der Unterstützungen. Angesichts des riesigen Umfangs der Arbeitslosigkeit mußten Mittel und Wege gefunden werden, um den Arbeitslosen die Aufrechterhaltung ihrer Exi-

stenz zu ermöglichen. Dies wurde auf verschiedene Weise versucht. Während man in Dänemark sich hauptsächlich auf die Zahlung von Unterstützungen beschränkte, versuchte man in Norwegen und vornehmlich in Schweden die Folgen der Arbeitslosigkeit durch Vornahme von Notstandsarbeiten abzuschwächen.

Genaue Angaben über die Zahl der Arbeitslosen liegen eigentlich nur für Dänemark vor, wo die Gewerkschaften schon seit langem die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben und wo seit 1907 Staat und Gemeinde Zuschüsse an die Arbeitslosenkassen leisten. Außerdem umfassen die dänischen Gewerkschaften fast alle für die Organisation in Betracht kommenden Arbeiter, und dies ermöglicht es, die Zahl der Arbeitslosen genauer festzustellen. Die Arbeitslosigkeit betrug im Februar 1921 rund 74 000, Februar 1922 rund 100 000 und Februar 1923 60 362 Arbeitslose. Während der ersten 1 1/2 Jahre der Krise konnten die gewährten Unterstützungen als gut bezeichnet werden. Die Arbeitslosen erhielten außer den statistischen Unterstützungen der Arbeitslosenkassen noch Zuschüsse und Mietbeihilfe aus öffentlichen Mitteln. An die ausgesteuerten Mitglieder wurden die Unterstützungen in selber Höhe und auf unbeschränkte Dauer aus Staats- und Gemeindemitteln weitergezahlt. Um bei der großen Arbeitslosigkeit den Arbeitslosenkassen die Weiterzahlung der statistischen Unterstützungen zu ermöglichen, wurden diesen große Darlehen gegeben; so erhielt u. a. der dänische Tischlerverband, eine Organisation mit ca. 10 000 Mitgliedern, insgesamt Darlehen zum Betrage von über drei Millionen Kronen.

In den reaktionären Kreisen des Landes erregte die Höhe der Unterstützungen und die Zahlung auf unbeschränkte Dauer lebhaften Unwillen. Dieses Unterstützungssystem stammte noch aus der Zeit der radikal-sozialdemokratischen Regierung und war von der jetzigen Bauernregierung übernommen worden. Die Bestrebungen der Reaktion sind nicht ohne Erfolg geblieben: Die Unterstützungen sind herabgesetzt und die Dauer für die Erhebung der Unterstützungen sehr eingeschränkt. Die Verschlechterung der Unterstützungen wurde mit der gleichzeitigen Einführung von Notstandsarbeiten moralisch zu rechtfertigen versucht, indem die Regierung behauptete, daß hierbei an 20 000 Arbeitslose Beschäftigung finden sollten. Die Höchstzahl der mit Notstandsarbeiten Beschäftigten hat jedoch nur 600 bis 700 betragen. Die Mitglieder derjenigen Gewerkschaften, in deren Gebiet die Höhe der Arbeitslosigkeit als nicht außergewöhnlich geschätzt wird, zahlten nur statistische Unterstützungen. Dadurch sind an 10 000 Arbeitslose solcher Berufe jetzt ohne jegliche Unterstützung. Alle Versuche der Partei und Gewerkschaften, durch Aktionen in- und außerhalb des Parlaments die Lage der Arbeitslosen zu verbessern, sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Die tschechischen Gewerkschaften im Jahre 1921. Aus dem Jahresbericht der tschechischen Gewerkschaftskommission geht hervor, daß die tschechischen Gewerkschaften einen erheblichen Rückgang erlitten. Ende 1921 waren im tschechoslowakischen Gewerkschaftsverband 50 Verbände mit 650 601 Mitgliedern organisiert. Da im Jahre zuvor in der genannten Gewerkschaftszentrale 53 Verbände mit 822 561 Mitgliedern vereinigt waren, beträgt der Rückgang drei Verbände und 171 960 Mitglieder. Den größten Anteil an diesem Verlust hat die Absprengung des Landarbeiterverbandes mit 113 677 Mitgliedern. Bemerkenswert ist auch der relative Rückgang der Frauen unter den Mitgliedern des tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbandes. Im Jahre 1920 machten die Frauen 22 Proz. der Mitgliederzahl aus, 1921 nur noch 14,5 Proz. Die größten Verbände sind nunmehr die Metallarbeiter mit fast 124 000 Mitgliedern, die Bergarbeiter mit über 90 000, die Textilarbeiter mit über 80 000, die chemischen Arbeiter mit über 75 000 und die Eisenbahner mit über 55 000 Mitgliedern. Was die Bewegung in den einzelnen Gebieten der Republik anbelangt, ist der Rückgang am größten in der Slowakei, wo der Verlust fast 33 Proz. der Mitglieder betrug. Erfreulicher ist die finanzielle Entwicklung der dem Gewerkschaftsverband angeschlossenen Verbände. Die Einnahmen sind von 51 auf 67 Millionen, die Ausgaben von 35 auf 48 Millionen gestiegen. Das Vermögen der Verbände, das 1920 30 Millionen betrug, beträgt jetzt 47 Millionen. („Gewerkschaftliche Rundschau“.)

Aus unserem Beruf.

Zentral-Krank- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige.

Auf Grund des Beschlusses über Verringerung von Geldbeträgen in der Sozialversicherung vom 9. Juni 1922 ist mit Zustimmung des Reichsrats und des Ausschusses des Reichstags für soziale Angelegenheiten eine neue Verordnung vom 27. Februar 1923 erlassen worden, bei der die Kassensatzung angepaßt werden mußte. Die Beiträge und wesentlichen Leistungen der Abteilung A stehen sich danach ab 1. April 1923 wie folgt gegenüber:

Klasse	Grund-lohn Wrt.	Beitrag Wrt.	Krankengeld pro Tag pro Woche Wrt.	Sterbegeld Wrt.	
1	16 200	750	1 500	10 500	56 250
2	48 200	2 000	4 000	28 000	150 000
3	64 800	3 000	6 000	42 000	925 000
4	86 400	4 000	8 000	56 000	300 000

Für die Abteilung B (Zuschußkasse) ist gleichfalls eine grundlegende Anpassung an die Zeitverhältnisse durchgeführt worden und kommen in dieser ab 1. April 1923 die nachstehenden Beiträge und Leistungen in Frage:

Klasse	Beitrag	Krankengeld pro Tag pro Woche	Sterbegeld	
5	200	700	4 000	30 000
6	400	1 400	8 000	60 000
7	600	2 100	14 700	90 000
8	1000	3 500	24 500	150 000

Die Mitglieder der Abteilung A sind nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung verpflichtet, sich einer ihrem Grundlohn entsprechenden Beitragsklasse anzuschließen.

Die Mitglieder der Abteilung B haben das Recht, sich die Beitragsklasse nach eigenem Ermessen zu wählen. Ein Uebertritt nach den beiden höchsten Klassen kann jedoch nur mit Zustimmung des Vorstandes erfolgen.

Die für einen Krankheitsfall in Betracht kommende Höchstunterstützungsumme beträgt danach: 1. Klasse 546 000 Wrt., 2. Klasse 1 456 000 Wrt., 3. Klasse 2 184 000 Wrt., 4. Klasse 2 912 000 Wrt., 5. Klasse 254 800 Wrt., 6. Klasse 509 600 Wrt., 7. Klasse 784 400 Wrt., 8. Klasse 1 274 000 Wrt.

Die vierteljährliche Extrarente ist auf 100 Wrt. festgelegt worden. Dieselbe wird einem besonderen Fonds zugeführt, aus dessen Mitteln ausgesteuerte Mitglieder auf Antrag eine Unterstützung von 20 000 Wrt. erhalten können.

In der Sterbekasse ist eine neue 2. Klasse mit einem Monatsbeitrag von 50 Wrt. zur Einführung gekommen. Die Höchstunterstützungsumme aus dieser besonderen Klasse beträgt danach 30 000 Wrt.

Der Vorstand der Kasse. S. A.: Georg Zinke.

Verberung des volkstümlichen Bücherwesens in Thüringen.

Aus dem Thüringischen Ministerium für Volksbildung wird der „D. T. A.“ geschrieben:

In der Ueberzeugung, daß in der gegenwärtigen und kommenden wirtschaftlichen Notlage die öffentlichen volkstümlichen Büchereien eine große Bedeutung gewinnen werden, hat der Thüringische Staat schon rechtzeitig geeignete Maßnahmen vorbereitet, die es möglich machen können, die Bücherbeschaffung auch in Zeiten verhältnismäßig hoher Bücherpreise und geringer öffentlicher und privater Unterstützungen zu sichern. Bereits im Frühjahr 1922 wurde für den dringendsten Bedarf der Volksbibliotheken durch ein staatliches Darlehen an der Volkshochschule Thüringen ein Notstandslager angelegt, dessen heutiger Wert viele Millionen ausmacht. Nachdem im Januar die erste Liste dieses Lagers veröffentlicht worden ist, wird das Lager von zahlreichen Bibliotheken in Anspruch genommen. Ja, es hat in einer Reihe von Fällen Anlaß gegeben, daß gerade heute, wo anderswo die Bibliotheken um ihr Dasein kämpfen müssen, durch Bewilligung von Gemeinden, Unterstützungen der Raiffeisenvereine, vor allem aber durch das opferfreudige Eintreten der Gehrerschaft, neue Volksbibliotheken geschaffen wurden. Zur Förderung dieser wichtigen Arbeit hat das Ministerium für Volksbildung ferner die Einrichtung von Kreisberatungstellen für das Volksbildungswesen bei den thüringischen Kreisrätsämtern vorgesehen und zum Teil bereits durchgeführt.

Geschäftspraktiken des Buchhandels vor Gericht.

Wie die „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. berichtete, verlangte eine dortige Buchhandlung Mitte November für das Buch „Erinnerungen“ von Hjalmar Palda 950 Wrt. Die Kundin ließ es sich nach ihrer Angabe zurücklegen. Als fe Anfang Dezember kam, wurde das zurückgelegte Buch nicht mehr gefunden. Für ein Buch aus einer neuen Lieferung wurden 16 000 Wrt. gefordert. Der Buchhändler wurde der Preistreiberei angeklagt. Das zu 950 Wrt. offerierte Buch hatte ihm 252 Wrt. gekostet. Daß das später ge-

ließerte Exemplar mit 16 000 Mk. berechnet wurde, geschah auf Grund des inzwischen im Buchhandel eingeführten Schlüsselstems. Das Buch war im Oktober zu 3800 Mk. eingekauft worden. Außer den vom Börsenverein der deutschen Buchhändler festgesetzten Teuerungsquoten war ein vom Ortsverein der Buchhändler festgesetzter Prozentsatz Spesenzuschlag, wie bei anderen Büchern, draufgeschlagen worden. Nach einer umfangreichen Beweisaufnahme und der Vernehmung mehrerer Sachverständigen kam das Gericht zu einer Beurteilung des Buchhändlers zu 10 000 Mk. Geldstrafe unter Einziehung des übermäßigen Gewinnes, der auf 4090 Mk. berechnet wurde. Im Urteilstenor wurde zunächst darauf hingewiesen, daß der Angeklagte für das mit 950 Mk. berechnete und mit 252 Mk. eingekaufte Exemplar einen höheren Preis hätte fordern können. Die Forderung für das später bezogene Exemplar enthielt aber einen übermäßigen Gewinn. Die Ausnahmestellung, die Verleger und Buchhändler ihrer Beschlüsse Berechnung nach einer Grundzahl plus Schlüsselzahl) sich zu erhalten suchten, könne nicht anerkannt werden. Bei der außerordentlichen Höhe seines Reingewinns — bei 2,6 Millionen Mark Umsatz wurden 448 671 Mk. Reingewinn erzielt — habe er sich lagen müssen, daß er auf Kosten des Publikums Gewinne erzielte, die er nicht erzielen durfte. Wie sich aus dem Gange der Verhandlung ergab, hat die Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen den Börsenverein der deutschen Buchhändler in Leipzig Strafantrag wegen Preistreibererei, begangen durch die Einführung des Schlüsselstems, gestellt.

Bücherpreise.

Der bekannte Jenaer Verleger Eugen Diederichs stellt im „Buchhändler-Börsenblatt“ einen Vorschlag der Herstellungskosten eines Romans von 20 Bogen Umfang auf holzfreiem Papier, Auflage 3000, aus dem Jahre 1914 einem ebenfalls aus dem Jahre 1923 gegenüber. Sah, Zurechtung und Druck kamen 1914 auf 1000 Mk., kommen heute dagegen auf 1 600 000 Mk. zu stehen, das Papier kostete 1914 rund 500 Mk., 1923 aber 1 680 000 Mk.; als Gesamtsumme wird für 1914 rund 3500 Mk., für 1923 aber 6 1/4 Millionen Mark berechnet. Nimmt man als Ladenpreis den 1914 gültigen von 4 Mk. als Grundzahl an und multipliziert ihn mit der heutigen Schlüsselzahl 1400, so ergibt sich ein Ladenpreis von 5600 Mk. Wenn man noch die Rabatte und Verlagskosten in Rechnung zieht, ergibt sich, daß 1914 schon 1900 abgesetzte Exemplare den Kostenaufwand des Verlegers deckten, während heute der Verleger 2470 Exemplare absetzen muß, um auf seine Kosten zu kommen. (Durch die Erhöhung der Schlüsselzahl auf 2000 dürfte sich die Sachlage sehr zugunsten der Verleger verschoben haben. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Notiz „Geschäftspraktiken“ in dieser Nummer, die ein wesentlich anderes Bild zeigt. D. R.)

Zur Schulbüchernet.

Die Osterverlegung rückt näher und läßt in vielen Elternhäusern Bedenken aufsteigen, wie man die erforderlichen neuen Schulbücher mit ihren sehr gestiegenen Preisen wird erswingen können. Um in dieser Schulbüchernet Abhilfe zu suchen, hat kürzlich im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin eine Beratung mit den maßgebenden Kreisen des Bucherzeugers und Buchhandels stattgefunden. Zur Erörterung stand die Frage, ob eine Beschränkung im Umfang der Schulbücher empfehlenswert sei, ob die Anschaffung der Bücher aus öffentlichem Besitz und ihre Ueberlassung an die Kinder gegen eine Weib- und Abnutzungsgebühr in Frage käme, ob die Förderung von Unterstufungsbüchereien, der Bezug der Bücher direkt durch die Schulen zu empfehlen sei, und ob endlich man sich an das Reichswirtschaftsministerium zwecks Bereitstellung billigen Papierses und vor allem für Gewährung herabgesetzter Frachten und Porti für die Bücher wenden sollte. Einstimmigkeit herrschte darin, daß das Schulbuch gekürzt, soweit wie möglich zerteilt und vereinfacht werden muß, daß ferner das Ministerium die Genehmigungsbedingungen für die Schulbücher erleichtert. Eine Stärkung der Unterstufungsbüchereien, auch aus staatlichen Mitteln, wurde allgemein gewünscht.

Bücher und Menschen.

Je höher die Menschheit steigt, eine um so größere Rolle hat das Buch gespielt. Heute ist es zu einer Großmacht geworden, deren Einfluß sich kaum jemand zu entziehen vermag. Da kommt zuerst die Schule und drückt den Ab-Schülern die Bibel in die Hand. Da treten wir in den Beruf, und wieder streckt sich uns das Buch entgegen. Da bräust das vielgestaltige Leben an uns vorbei, und wieder müssen wir uns irgendwie mit der „schwarzen Kunst“ abfinden.

Wie dankbar müssen wir aber den Büchern sein. Sie sind die großen Speicher, in denen das menschliche Wissen aufgespeichert liegt. Man denke sie sich einmal alle weg; was für Arbeit hätten dann unsere geistigen Organe zu leisten, um die unentbehrlichsten Schätze der gedruckten Leitern lebendig zu erhalten! Die Bücher sind sozusagen das große Universalgedächtnis der Menschheit. Vieles von dem, was sie aufbewahren, braucht sich der einzelne daher nicht anzueignen.

Wiel jedes gutgeschriebene Buch der Ausfluß einer ausgeprägten Persönlichkeit ist, liegt auch der Vergleich zwischen Büchern und Menschen nahe. Wie es unter den Menschen nichtsagende, verschwommene Naturen gibt, aber auch starke, ausgeprägte, so auch unter den Büchern. Und während jene erste Sorte immer das zahlreiche, anspruchslos' Publikum finden wird, können sich die Werke mit ganz entschiedener Richtung nur auf einen kleinen Leserkreis beschränken, eben auf jene Leute, in denen verwandte Töne erklingen. Ist es nicht mit den Menschen ähnlich? Der Allereinste findet überall Verständnis, während der ausgeprägte Eigenmensch oft als Einsamer, Unverständener durch die Menge der Menschen schreitet.

Bücher haben wie Menschen ihre Schicksale. Alljährlich wird der Büchermarkt überschwemmt, aber noch nicht ein Prozent von ihnen macht sozusagen Karriere. Die meisten gehen still und unbekannt ihren Weg. Und die sind nicht immer die schlechtesten, wie ja auch die stillen Menschen nicht immer die geringen sind. Nicht jedes so oft durch marktschreierliche Reklame bekanntgewordene Buch verdient seine weite Verbreitung, wie auch nicht jeder hochgestellte Mensch seinem Amte gerecht wird.

Es ist selten einem Menschen vergönnt, in so weiten Kreisen für etwas zu wirken wie durch das Buch. Ein einziges Buch hat ganze Völker in bestimmte Bahnen geleitet, eine bestimmte Entwicklung veranlaßt. Wie viele Millionen von Menschen haben in der Bibel Trost und Stärkung, wie viele in den Klassikern Erholung edler Art gefunden! Was ein Buch wirken kann, wird für die Gegenwart bewiesen, wenn nur der Name eines Märg genannt wird. Wenn wir diesen Gedanken ausdenken, läßt es sich kaum ermessen, in welcher gewaltiger Weise das Buch zum Mitterziher des Menschen geworden ist.

Es ist auch imstande, dem Menschen den Verkehr mit seinesgleichen direkt zu ersetzen. Bücher werden zu unseren Freunden, wie es Menschen oft nicht sein können. Von Alexander dem Großen wird erzählt, daß er Somers Slabe stets unter dem Kopfkissen liegen hatte. Tatsächlich erschließt uns der beständige Umgang mit einem Buch erst seinen vollen Wert. Weder liegt der Vergleich mit dem Menschen nahe. Unser Lebensweg mag uns mit manchem tüchtigen Genossen zusammenführen, der unserer Persönlichkeit viel zu geben hätte, aber der Strom des Lebens reißt uns auseinander, und wir sind uns kaum näher gekommen als an die Rockschöße. Man klagt heute mit Recht über die grassierende Lesewut, die kein stilles gesammeltes Lesen mehr kennt. Das ist ein großer Schaden. Denn durch das hastige Lesen gewinnen wir oft nur Spreu statt Weizen.

Die Gut dessen, was heute selbst an guten Büchern auf uns eindringt, ist bedauerlich hoch geworden. Man sollte sich aber von der Meinung freimachen, daß man alles das gelesen haben müsse, oft zu keinem anderen Ende, als um Werte von Eintragslistenart kennengelernt zu haben oder um in der Unterhaltung nicht bekennen zu müssen: Das habe ich nicht gelesen. Unsere Persönlichkeit kann nur durch das Hineinversenken in wenige gute Bücher heranreifen. Von dem hastigen Verschlingen vielen Lesestoffes gilt hier ein derbes, aber wahres Wort: Freßer bleiben meistens dürr! Durch zu schnelles Lesen werden wir nur zerlesene Menschen. Nicht wir, sondern unsere Bücher seien zerlesen, oder die Bücher, unsere Freunde, wandeln sich in unsere Feinde.

Die Bücherbildung hat den Kulturmenschen in gewisser Weise umgebildet, seine geistige Bildung gehoben, aber auch zur Verflümmung seiner Sinne beigetragen. Aber daran sind ja eigentlich nicht sie, sondern wir selber schuld. Denn wir nehmen uns nicht genügend Zeit, sinnensart in die Welt der Erscheinungen zu blicken. Immerhin führen uns in dieser Beziehung die vielen Bücher auf Abwege. Die Bücher in allen Ehren! Nur laßt uns durch sie nicht einseitig werden, laßt uns nicht nur dankenswert in uns, sondern auch weisfroh um uns schauen. Jedes zu seiner Zeit!

Paul Hoche.

Berichte.

Leipzig. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung in der üblichen Weise die im letzten Quartal verstorbenen Kolleginnen und Kollegen. Hierauf gab Heße den Jahresbericht. Das verstlossene Geschäftsjahr hat im allgemeinen eine gute

Konjunktur gezeigt. In allen Branchen ist fast bis zum Jahreseschluß ein guter Geschäftsgang gewesen bis auf die Kartonnagen- und Briefumschlagbranche. In diesen ist ein starker Rückgang im letzten Quartal zu verzeichnen gewesen. Die Lohnverhandlungen, die im vergangenen Jahre geführt werden mußten, haben nicht volle Befriedigung gefunden, da es die Unternehmer immer verstanden haben, der Arbeiterschaft nicht mehr zu geben, als wie es unseren Vertretern möglich war, ihnen abzutrotzen. Im besonderen streifte er noch die Lehrlingsfrage, in der insofern eine Besserung eingetreten ist, daß durch das feste Zugreifen des Gesellenauschusses und der Organisation es möglich war, die Lehrlingslöhne in einigermaßen ordentliche Bahnen zu bringen. Die Entlohnung der Lehrlinge erfolgt in der Weise, daß 5 Proz. im ersten, 6 Proz. im zweiten, 7 Proz. im dritten und 8 Proz. im vierten Jahre von dem jeweiligen Spitzenlohn der Gehilfen im Ablaßkommen zugrunde gelegt wird. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung hat alle Kräfte angepannt, um den Ansprüchen der Kollegenschaft Rechnung zu tragen. Wo das nicht immer möglich war, da war es Zeitmangel, der durch die fortgesetzten Lohnverhandlungen hervorgerufen wurde. In kurzen Worten streifte Redner noch die Rubrikation. Er bedauerte, daß fast in allen Ländern die Arbeiterschaft in sich zerissen ist und betonte, daß nur durch einen geschlossenen Kampf der Arbeiterschaft aller Länder es möglich ist, Militarismus und Kapitalismus niederzuringen.

Balthar erstattete den Kassenbericht. Da selbiger gedruckt vorlag, beschränkte sich Redner auf die hauptsächlichsten Posten. Den Kassenbericht gab Böhmisch. Die Beschlüsse, die im Kartell gefaßt wurden, wurden in ihrer Mehrheit fast einstimmig angenommen. Böhmisch streifte ebenfalls die Rubrikation, indem er durch längere Ausführungen klarlegte, daß die Vertreter des Gewerkschaftsartells sich persönlich im Ruhrgebiet überzeugt hätten, daß es allgemein nicht so aussehe, als wie in den bürgerlichen Zeitungen berichtet wird. Weiter brachte er zum Ausdruck, daß das Gewerkschaftsartell entgegen dem ADW. eine eigene Sammlung für die Ruhrhilfe veranstaltet hat.

In der Diskussion sprach als erster Kollege Böhme, der an dem Geschäftsbericht weniger Kritik übte, vielmehr verurteilte, den Mitgliebern andere Wege zu zeigen, als bisher gegangen worden sind. Nach seiner Ansicht müssen die Kämpfe der Arbeiterschaft anders geführt werden als bisher. Wir ständen vor den Toren der Weltrevolution. Deshalb müssen alle Verbände und Parteien geschlossen auf den Plan treten. Unsere bisherige Taktik habe keinen Zweck mehr. Der graphische Industrieverband müsse endlich geschlossen werden; das kann aber nur geschehen, wenn das Vertrauen zu den Verbänden untereinander mehr gefördert wird. Im übrigen erhebt er Protest gegen die „Buchbinder-Zeitung“, die Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes könnten in Wegfall kommen. Auch gegen die Heftartikel gegen die kommunistischen Kollegen wandte er sich ganz entschieden.

Petrif bemängelte das geringe Interesse der Kollegenschaft. Im Geschäftsbericht greift er das Ueberstundenwesen heraus, was dazu führt, den Unternehmern noch mehr Gelegenheit zu geben, der Arbeiterschaft Ueberstunden aufzubürden. Mit den Angestellten unserer Zahlstelle habe man nicht die richtigen am Blase, sie müssen mehr agitatorisch für die Kollegenschaft wirken. Der Verbandsvorstand habe sich eine eigene Parole gegeben, in der er sich zum Grundsatz macht, niedrige Löhne, hohe Beiträge, hohe Gehälter für die Angestellten. Mit einer eigenen Sache, mit der er sich an den Verbandsvorstand gewandt habe, würde er nicht ruhen, bis er sein Ziel erreicht habe. Die Unterstufungssätze für die Arbeitslosen bewegen sich unter 50 Proz. bis 60 Proz., was nicht im Einklang stehe zu den hohen Beiträgen, die wir zahlen müssen. Die Krankenunterstützung sei unbedingt abzuschaffen. Des weitern protestierte er gegen die eigenmächtige Festsetzung der Beiträge durch den Verbandsvorstand und verlangte, daß sich der Ausschussvorsitzende Zinke dazu äußern solle.

Zinke, der sich dazu äußerte, erklärte, er wisse selbst nicht, wie der Verbandsvorstand dazu gekommen ist, die Beiträge, nicht wie beschloffen, vier Wochen nach dem Lohnabkommen in Kraft treten zu lassen, sondern nach jedem Lohnabkommen die Beiträge sofort zu erhöhen. Müller wies darauf hin, daß eine Rundfrage an die Beiratsmitglieder ergangen sei, die ersucht werden, den Beschlüssen des Verbandsvorstandes beizutreten.

Nach einigen sachlichen Richtigstellungen Petrifs erhielt Heße das Schlusswort, in dem er versuchte, aus den gepflogenen Diskussionen das Vorgebrachte, soweit es nicht den Tatsachen entspricht, richtigzustellen.

Rundschau.

Die Leipziger Frühjahrsmesse. Von ganz besonderer Bedeutung für die Feststellung der Wirtschaftslage in Deutschland war diesmal die Leipziger Frühjahrsmesse. Hier strömten weit über hunderttausend Aussteller und Einkäufer aus allen Teilen der Welt zusammen, hier wurde die Bilanz aus dem Geld- und Warenmarkt in den letzten Monaten eingetretenen Veränderungen gezogen. Wer das geschäftliche Treiben auf der Messe objektiv beobachtete, mußte zu der Ueberzeugung kommen, daß der Konjunkturückschlag in Deutschland — in gewissem Zusammenhange mit der Ruhrbesetzung — sich jetzt in beschleunigtem Tempo vollzieht. Die nächsten Wochen werden im Zeichen eines stark abflauenden Beschäftigungsgrades und rasch wachsender Arbeitslosigkeit stehen. In zahlreichen Branchen hatte man gehofft, auf der Messe wenigstens noch gewisse Aufträge hereinzubekommen, um die Betriebe auf einige Monate im normalen Laufe erhalten zu können. Diese Erwartungen haben sich größtenteils nicht erfüllt.

Es verlohnt sich, die Ursachen dieses verschlechterten Geschäftsganges näher zu untersuchen. Den schwersten Schaden hat natürlich der französisch-belgische Anschlag auf unsere wirtschaftliche Freiheit verursacht. Der Leipziger Messe hatten die ausländischen Behörden im Westen insofern ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet, als sie alles aufboten, um den Abtransport von Rohstoffen aus dem besetzten Gebiet und die Reise von Geschäftsteuten und Pressevertretern zu verhindern. Man hat massenhaft aus Güter- und Personenzügen heraus Rohgut beschlagnahmt, Reisende Verhaftungen unterzogen, ausgeplündert und zum Teil überhaupt festgehalten.

Neben diesen Eingriffen haben aber auch rein wirtschaftliche Faktoren das Geschäft stark beeinträchtigt. Fast auf allen Gebieten der gewerblichen Warenherstellung herrscht eine tolle Verwirrung hinsichtlich der Preisbildung und Kalkulation. Die verschiedenen Unternehmungen gleicher Branchen bieten dieselben Waren mit 50 bis 100prozentigen Preisunterschieden an, da eben der eine Fabrikant seine Rohstoffe bei einem Dollarkurs von 10 000, der andere zu 40 000 und der dritte vielleicht wieder zu 20 000 eingekauft hat. Hier zeigen sich die verheerenden Wirkungen unserer unsicheren Währungsverhältnisse. Der Großhandel, der z. B. in der Konfektion, im Textilgewerbe, am Schuh- und Ledermarkt usw. noch über Vorräte verfügt oder Abschüsse laufen hat, die aus den Monaten Oktober bis Dezember 1922 datieren, war nicht selten in der Lage, die Preise der Fabriken stark zu unterbieten. Der Kleinhandel allerdings zeigte trotzdem wenig Kaufneigung, da es ihm selbst bei herabgesetzten Preisen an den nötigen finanziellen Mitteln fehlte, um die verlangten hohen Anzahlungen zu leisten. Die Kleinhandelskreise betonten immer wieder, daß sie unter den heutigen Verhältnissen sich darauf beschränken müssen, ihr Warenlager nach und nach auszuverkaufen.

Die ausländischen Interessenten wiesen ebenfalls darauf hin, daß ihre heimatischen Märkte seit Jahr und Tag sehr stark mit deutschen Waren überflutet worden seien und daß vorläufig die Vorräte kaum einer Ergänzung bedürfen. Eine eigenartige Erscheinung verdient besondere Beachtung: Die Ausländer konnten in ihren Valuten auf der Messe in verschiedenen Branchen billiger kaufen, als die inländischen Kleinhändler. Es handelt sich aber vorläufig hierbei nicht um eine absolute Verschleuderung deutscher Waren ins Ausland. Die Exportpreise sind vielmehr — wie man sich überzeugen konnte — seit dem vergangenen Jahre unverändert geblieben. Das ist an sich erklärlich, da sie ja in Dollar, Pfund, Gulden usw. festgesetzt waren. Die Inlandspreise hingegen sind von Monat zu Monat im Zusammenhange mit der Geldentwertung immer wieder erhöht worden. Infolge des starken Dollarrückganges von 50 000 auf rund 20 000 Mk. ist natürlich eine ganz merkwürdige Situation entstanden. Der Abbau der Inlandspreise konnte gar nicht so schnell erfolgen wie der Rückgang der Devisenkurse, da die zu hohen Preisen erwerbender Rohstoffe sowie die anhaltende Steigerung der Frachtsätze usw. der Angleichung entgegenwirken.

Immerhin sahen sich die Fabrikanten in verschiedenen Branchen genötigt, Preisreduktionen im Ausmaße von 30 bis 50 Proz. vorzunehmen. Es besteht die Gefahr, daß bei den jetzigen Preisen auf verschiedenen Warenmärkten eine starke Konkurrenz des Auslandes am deutschen Inlandsmarkt einsetzt und den Beschäftigungsgrad unserer Industrien noch weiter herabdrückt. Das gilt besonders vom Textilgewerbe, der Automobilindustrie und verschiedenen Zweigen des Metall- und Maschinenwesens. Die Holzverarbeitung und Papierindustrie führten auf der Messe lebhaft Klagen über den Holzwucher, der sowohl von privaten Waldbesitzern wie auch von Gemeinden und Regierungen einzelner Länder betrieben wird.

Alles in allem zeigt die Leipziger Messe, daß wir nunmehr mitten in der seit langer Zeit gefährdeten Nahrungs-, Kredit- und Absatzkrise stehen. Die deutsche Industrie geht sehr schweren Zeiten entgegen. Man muß nach Lage der Sache vorläufig mit steigender Arbeitslosigkeit und manderteil geschäftlichen Zusammenbrüchen rechnen. Von der Wirtschaftspolitik der beteiligten Kreise wird es abhängen, ob diese Erschütterungen recht bald überwunden werden können. B. W. B.

Die Lage des Arbeitsmarktes Ende Januar. In Zeiten heftiger Konjunkturschwankungen macht sich der Mangel kurzfristiger statistischer Ueberlichten über die Lage des Arbeitsmarktes doppelt unangenehm bemerkbar. Die monatlichen Zahlen des „Reichsarbeitsblattes“ gelangen rund fünf bis sechs Wochen nach dem Stichtag in die Öffentlichkeit. Eine größere Beschleunigung der Gesamtzahlen wird sich auch kaum erzielen lassen, aber es sollte geprüft werden, ob sich nicht mindestens für bestimmte typische Bezirke und Industrien Ueberlichten in kürzeren Zwischenräumen, mindestens alle 14 Tage, schaffen lassen. Da die Erhebungsmethoden der Arbeitsnachweise zurzeit noch höchst mangelhaft und unkritisch sind, müßten die Zwischenschätzungen der Arbeitslosen und Kurzarbeiter durch die Gewerkschaften erfolgen, deren Erhebungen ohnehin trotz unverfängerbarer Fehlerquellen den brauchbarsten Maßstab für die Schwankungen des Arbeitsmarktes bieten. Daneben fehlt leider noch immer die Möglichkeit, den Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit festzustellen, weil sowohl die Gewerkschafts- wie die Erwerbslosenfürsorgeämter nur ein Teilbild geben, die ersten, weil sie sich nur auf rund 6 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, für die Feststellungen gemacht werden, erstrecken, die zweiten, weil sie die nichtunterstützten Erwerbslosen außer Betracht lassen.

Die Zahl der durch die Erwerbslosenfürsorge Unterstützten ist im schnellen Steigen. Anfang Januar wurden 85 300 Hauptunterstützungsempfänger gezählt mit 108 000 Zuschlagsberechtigten, Anfang Februar waren es 144 312 mit 183 000 Zuschlagsempfängern. Die Unterstützungssumme stieg von 357 1/2 Millionen Mark im Dezember auf 1 314 Millionen Mark im Januar. Die Zahl der Unterstützten war Ende September 1922 auf 37 700 gesunken; wenn Ende Januar 144 300 gezählt wurden, so zeigt diese Zahl nicht einmal den vollen Umfang der Arbeitslosigkeit. Teils schließen die Fürsorgeämter in unverantwortlicher Engherzigkeit zahllose Erwerbslose von der Unterstützung aus, weil angeblich „Bedürftigkeit“ im Sinne der Verordnung nicht vorliegt, teils sind langfristige Erwerbslose bereits ausgesteuert. Wenn auch die im Frühjahr des Vorjahres erlassenen und angelehnt der günstigen Geschäftslage vertretbaren Einschränkungen meist aufgehoben sind, so werden sie in einigen Bezirken ansehnend doch noch durchgeführt. Wo dieses geschieht, sollten die Ortsausschüsse sich beschwerbeführend an den Vorstand des ADGB wenden.

Die bezirklichen Unterschiede hinsichtlich des Umfanges der Arbeitslosigkeit sind sehr groß. Besonders auffallend ist, wie auch früher, Ostpreußen, wo die Industrie stockt, ohne daß die Landwirtschaft die überflüssigen Arbeiter aufnimmt. Auch Sachsen, Mecklenburg, Pommern und die Seelästen weisen stark über den Durchschnitt steigende Zahlen auf, während Süddeutschland und Rheinland-Westfalen noch ein günstigeres Bild bieten. Wie stark die Schwankungen sind, zeigt ein Vergleich der als erwerbslos Unterstützten zur Einwohnerzahl in den einzelnen Städten. Auf je 1000 Einwohner berechnet, zeigen Hauptunterstützungsempfänger in 333 Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern: 37 Orte keine Unterstützten, 49 Orte bis zu 1, 52 Orte bis zu 2, 48 Orte bis zu 4, 37 Orte bis zu 6, 27 Orte bis zu 8, 25 Orte bis zu 10, 16 Orte bis zu 12, 21 Orte bis zu 15, 12 Orte bis zu 20 Unterstützte. 9 Orte, nämlich: Braunsberg, Elmshorn, Insterburg, Kolberg, Lauenburg, Neustettin, Rastenburg, Rostock und Wismar haben sogar mehr als 20 (bis zu 28) Hauptunterstützungsempfänger auf je 1000 Einwohner.

Im vorstehenden handelt es sich um die Anfang Februar ermittelten Zahlen. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit unverkennbar in weiterem Steigen. Es kann daher nicht oft genug wiederholt werden, daß alles getan werden muß, um schnellstens Notstandsarbeiten bereitzustellen. Die Initiative zu solchen Arbeiten muß auch von den Bezirken selbst ausgehen. Die Wohnungslage gestattet nur in Ausnahmefällen die Ueberführung größerer Massen von Erwerbslosen an entfernte Arbeitsplätze. Es muß daher Bedacht genommen werden, Arbeiten in Bewegung zu setzen, die von den gefährdeten Bezirken aus leicht erreichbar sind. Auch unsere Ortsausschüsse werden sich dringlich mit diesen Fragen beschäftigen und anstrengend auf die lokalen Behörden wirken müssen.

Arbeitszeitgesetz und Jugendliche. In seiner Tagung am 27. Februar d. J. nahm der Ausschuß der deutschen Jugendverbände, veranlaßt durch den Antrag des Jugendsekretariats des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Gelegenheit, sich mit den Arbeitszeitgesetzen zu beschäftigen, soweit die Jugendlichen in Frage kommen. Nach ergiebiger Aussprache ergab sich, daß die Verbände aller Richtungen, ob es nun gewerkschaftliche, konfessionelle, sportliche oder sonstige gerichtete Jugendvereine sind, übereinstimmend eine Verschlechterung der augenblicklichen Jugendbeschäftigungsverhältnisse ganz entschieden ablehnten. Ganz besonders wurde die Absicht verurteilt, den Jugendlichen die Arbeitszeit zu verlängern. An den Reichstag wurde folgende Entschiedenheit gefaßt:

Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände tritt mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß der Jugendschutz in seiner bisherigen Form nicht beschnitten, sondern darüber hinaus unter Berücksichtigung aller sozialen, erzieherischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte ausgebaut wird.

Er richtet deshalb an den Reichstag das Ersuchen, bei den kommenden Beratungen der Arbeitszeitgesetz die die Jugendlichen betreffenden Bestimmungen entsprechend den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats zu den Gesetzentwürfen über die Arbeitszeit für gewerbliche Arbeiter und Angestellte zu gestalten.

Es ist zu hoffen, daß alle Jugendgruppen verjungen werden, die ihnen nahestehenden Reichstagsfraktionen in ihrem Sinne zu überzeugen. Wie weit dieser Einfluß reicht, dürfte an der endgültigen Gestaltung der Gesetze erkannt werden.

Anteil der Löhne an der Warenproduktion. Welchen Anteil haben die Löhne an der Teuerung? Sind die Löhne relativ stärker oder weniger gestiegen als die Kosten der Selbstkosten? Das sind die beiden Fragen, welche die Redaktion der Wirtschaftsstunde und Frankfurter Societätsdruckerei einem Preisausschreiben zugrunde legen, das zur Förderung der Aufklärung dieses Problems dienen soll. Gewünscht wird, daß diese Untersuchungen sich auf möglichst viele Stadien des Bearbeitungsprozesses beziehen. Also sowohl Eisen- und Stahl-, wie Textilindustrie, Leder- und Porzellanwaren usw. Für die Arbeiterchaft bedarf es eigentlich keines solchen Beweises. Sie kann täglich hundertfach an der Hand ihrer eigenen Löhne und der Warenprodukte feststellen, daß ihre Wohnsteigerungen wohl ausnahmslos hinter allen anderen Steigerungen der Rohmaterialien und Waren stark zurückstehen. Nichtsdestoweniger können wir es nur begrüßen, wenn von solch sachmännlicher Seite derartige Untersuchungen angestellt werden. Die Gefahr liegt nur darin, daß an dem Preisausschreiben sich meistens Kreise beteiligen werden, die den Unternehmern freieren oder weniger nahe stehen und daher für die Arbeiter eine gewisse Voreingenommenheit gegen die Arbeiterchaft zu besitzenden ist.

Das hier angeschnittene Problem gäbe auch eine dankbare Aufgabe für unsere Betriebsräte, um dem ständig wiederkehrenden Gerede von den hohen Arbeiterlöhnen mal mit positiven Zahlen die Spitze zu bieten. Dieser Seite des Wirtschaftsproblems ist leider von unserer Seite bisher viel zu wenig Interesse entgegengebracht worden. Die Betriebsräte sind aber unsere berufensten Vertreter, die solche Fragen klären könnten.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

Dormund. B.: Paul Bollow, Heilige Gartenstraße 19 11. K.: Aug. Rütte, Roseggerstr. 62 plr.

Gotha. B.: R. Staufenbell, Sedanstr. 7. K.: Karl Waltherr, Brieglebstr. 3. Alle Sendungen sind an den Kassierer zu adressieren.

Czer i. Ostr. B. u. K.: Karl Wichmann, Pflügenbergstr. 1d.

Lübeck. B.: Robert Riemüller, Langer Kohberg 62 11. K.: E. Hädrich, Weichersstr. 21.